

Das Parlament

Berlin, 15. Mai 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 20-21 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ministerielles Schutzschild

Robert Habeck Er gibt sich als äußerst loyaler Chef: Trotz Rücktrittsforderungen, einem angedrohten Untersuchungsausschuss und der Warnung vor weiterem Vertrauensverlust hält der Bundeswirtschaftsminister an seinem geschätzten Mitarbeiter, dem Staatssekretär Patrick Graichen, fest. Dessen freundschaftliche Verbindung zum kurzzeitig designierten Chef der Deutschen Energie-Agentur hatte für ordentlich Aufruhr gesorgt; in der Opposition war erneut von Vetternwirtschaft und Clanbildung im Ministerium die Rede (siehe Seite 10). Nach stundenlangen Sitzungen im Bundestag am vergangenen Mittwoch zeigte sich Habeck ob der Angriffe äußerst dünnhäutig. Längst steht nicht mehr nur der Staatssekretär im Kreuzfeuer, sondern auch der Minister. *emu*



ZAHL DER WOCHE

9 von 11

Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführerposten bei der Deutschen Energie-Agentur, die eine Personalagentur der Findungskommission vorgeschlagen hatte, kannte Staatssekretär Patrick Graichen nach eigener Aussage bereits aus vorheriger beruflicher Tätigkeit.

ZITAT DER WOCHE

»Bei Ihnen gilt das Motto: Verdecken! Vertuschen! Verschleiern!«

Tilman Kuban (CDU) zu Habeck in der Aktuellen Stunde im Bundestag.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Migration Gemischtes Echo auf Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels **Seite 4**

EUROPA UND DIE WELT
Kosovo Abgeordnete debattieren Verlängerung des KFOR-Mandats **Seite 7**

EUROPA UND DIE WELT
Taiwan Spannungen nach chinesischen Militärmanövern **Seite 9**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Forschung Bundesregierung will Quantentechnologien voranbringen **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Bundestag sucht Rat

DIALOGFORMAT Bürgerrat soll sich mit Ernährungsfragen befassen. Kritik von Union und AfD

Der Bundestag ist uneins über Bürgerräte als ein neues Instrument für mehr Bürgerbeteiligung. Während die Regierungsfaktionen und Die Linke sich von Bürgerräten eine Stärkung der Demokratie erhoffen, sieht die CDU/CSU-Fraktion in einem solchen Gremium eine Schwächung des Parlaments. Entsprechend gereizt verlief vergangene Woche die Debatte zur Einsetzung eines Bürgerrates zum Thema „Ernährung im Wandel“. Einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke (20/6709) stimmten in namentlicher Abstimmung 402 Abgeordnete zu. 251 Parlamentarier votierten gegen die Vorlage, zwölf enthielten sich. Keine Mehrheit fand ein Antrag der AfD-Fraktion für bundesweite Volksentscheide (20/6708).

Auswahl per Los Es ist das erste Mal, dass ein solcher Rat per Bundestagsbeschluss eingesetzt wird. Fragen der Ernährung würden seit Jahren kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert, heißt es in dem Antrag zur Einsetzung des Bürgerrates. Ab September wird ein 160-köpfiges Gremium über Themen im Bereich Ernährung beraten. Die Mitglieder werden ausgelost. Der Bürgerrat soll sich unter anderem damit beschäftigen, wo der Staat beim Thema Ernährung aktiv werden soll oder an welcher Stelle auch nicht, welche Kennzeichnung von Lebensmitteln wünschenswert wäre und was gegen Lebensmittelverschwendung getan werden kann. Bei der Auslosung der Teilnehmer soll darauf geachtet werden, dass Menschen verschiedenen Alters, Geschlechts, mit unterschiedlicher regionaler Herkunft, Bildungshintergrund und Essgewohnheiten vertreten sind. So sollen auch Vegetarier und Veganer dem Rat angehören. Die Mitglieder müssen mindestens 16 Jahre alt sein und ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben. Der Bürgerrat soll bis Ende Februar 2024 Ergebnisse vorlegen, die dann im Bundestag diskutiert werden sollen. Steffen Bilger (CDU) sieht in der Einsetzung des Bürgerrates „ein Ablenkungsmanöver“. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass damit die Bilanz von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) aufgebessert werden solle. „Diese Bundesregierung hat auf vielen Feldern kein stringentes Konzept. Das gilt ganz besonders für den Bereich der Landwirtschafts- und der Ernährungspolitik“, sagte Bilger. Er warnte vor einer Schwächung der parlamentarischen Demokratie. „Wir sind kritisch gegenüber al-



Vom Supermarkt in die Politik: 160 Bürgerinnen und Bürger sollen sich ab September mit »Ernährung im Wandel« auseinandersetzen.

© picture-alliance/Monkey Business 2/Shotshop

lem, was zu einer Schwächung führen könnte“, so Bilger. „Unser Bürgerrat ist der Wahlkreis.“ Dem widersprach Leon Eckert (Grüne) und führte ein Zitat von Wolfgang Schäuble (CDU) aus dessen Rede zur Eröffnung der 20. Wahlperiode an. Der damalige Bundestagspräsident hatte gesagt, dass sich das Parlament mit einem Bürgerrat für eine Form der deliberativen Demokratie geöffnet habe. Nur wenn sich Demokratie offen zeige für neue Verfahren, bleibe sie stabil. Dafür bekam Eckert Unterstützung von Marianne Schieder (SPD). Mit dem Instrument Bürgerrat wolle man die Entscheidungsfindung verbessern, indem neue Formen des Bürgerdialogs genutzt würden, „ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben“. Die Bürgerräte würden zu konkreten Fragestellungen arbeiten, durch den Bundestag eingesetzt und organisiert. „Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung

des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt“, betonte Schieder. Über den Vorwurf der Union, „dass Bürgerräte Alibi-Parlamente sind“, könne sie „nur noch den Kopf schütteln“. Gero Hocker (FDP) verwies darauf, wie wichtig es sei, dass „mehr Menschen innerhalb des Rahmens, den wir in unserer parlamentarischen repräsentativen Demokratie haben, von den vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung Gebrauch machen“. Es gebe jedoch Unterschiede zwischen gewählten Abgeordneten und per Losverfahren bestimmten Teilnehmern von Bürgerräten. Letztere müssten niemanden Rechenschaft ablegen und sich keinen Wahlen stellen. „Deswegen muss ihnen Funktion darauf begrenzt sein, denjenigen, die die Entscheidung zu tragen haben, sie zu fällen haben und sich rechtfertigen müssen, tatsächlich nur beratend zur Seite zu stehen, sie dürfen keine eigenen Kompetenzen erhalten“, sagte Hocker.

Götz Frömming (AfD) verwies auf den AfD-Antrag und forderte Volksentscheide und Referenden auf Bundesebene. Das seien „entscheidende Instrumente, um die Bürger selbst partizipieren zu lassen“. Politiker müssten Entscheidungen treffen, „die die Menschen auf viele Jahre aushalten müssen“. Solche Entscheidungen dürften Politiker nicht alleine treffen. Göky Akbulut (Die Linke) stellte klar, dass es „für direktdemokratische Elemente wie Volksabstimmungen auf Bundesebene keine Mehrheit“ gebe, das habe ihre Fraktion mehrfach erlebt. Deshalb begrüße sie den Bürgerrat. In den letzten Monaten sei fraktionsübergreifend intensiv über Gestaltung und zum Thema dieses Bürgerrates verhandelt worden. Die Themenfindung sei „jedoch nicht einfach gewesen“. Aus ihrer Sicht wäre es besser gewesen, aus den Themen des Petitionsausschusses eine Auswahl zu treffen. Schließlich habe man sich überfraktionell auf das Thema Ernährung verständigt. Die groß angekündigte Ernährungsstrategie der Ampelkoalition sei bisher ausgeblieben. Umso gespannter sei sie auf die Handlungsempfehlungen und die Ergebnisse des Bürgerrates. *Nina Jeglinski*

EDITORIAL Von Wahlen und Würfeln

VON CHRISTIAN ZENTNER

Als Bundestagspräsidentin hat sich Bärbel Bas (SPD) in der Debatte zur Einsetzung eines Bürgerrates zurückgehalten, aber in Interviews vorher deutlich gemacht, dass sie hinter dieser Idee stehe. Sie erwarte durch den Bürgerrat sowohl Vorschläge für Gesetze als auch mehr Verständnis für parlamentarische Prozesse; der Rat sei dabei Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, kein Ersatz. Ähnlich klang schon ihr Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) in der vergangenen Wahlperiode. Er äußerte damals, Bürgerräte stünden nicht in Konkurrenz zu den „bewährten parlamentarischen Entscheidungsverfahren“, sondern könnten eine „sinnvolle Ergänzung“ sein. Die Debatte verlief nun deutlich kontroverser, als es diese Einlassungen vermuten lassen. Wird die parlamentarische Demokratie durch Bürgerräte gestärkt oder geschwächt? Streit lohnt sich besonders, wenn es um grundsätzliche Fragen geht, alleine deshalb war die Debatte im Bundestag geboten. Sie hat zudem die Skepsis der Minderheit vor neuen Verfahren gezeigt, die von der Mehrheit bestimmt werden. Es war trotz einjähriger fraktionsübergreifender Beratung am Ende ein Antrag, mit dem ein Stück Koalitionsvertrag umgesetzt wurde, in der Debatte wurde gleich mehrfach darauf hingewiesen. Auch das macht einer Opposition die Zustimmung nicht leichter. Unterschiedliche Auffassungen von Parlamentarismus und repräsentativer Demokratie wurden in dieser Wahlperiode schon mehrfach deutlich, zuletzt beim Wahlrecht. Nicht bei jeder Frage verläuft dabei eine klare Linie zwischen Koalition und Opposition. In der Debatte zu den Bürgerräten gab es auch aus der Ampel vorsichtige Stimmen, wie die von Gero Clemens Hocker. Der FDP-Abgeordnete machte klar, dass Entscheidungen am Ende „zwingend in die Hände von Parlamentariern gehören“, die sich ihre Meinung aus Expertenwissen und Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern bilden „und die sich Wahlen, nicht aber dem Würfel stellen müssten“. Deutschland ist eine repräsentative Demokratie, in den Bundesländern gibt es zudem Elemente der direkten Demokratie, also beispielsweise Volksentscheide. Der Bürgerrat ist ein Gremium, das sich weder hier noch dort einsortieren lässt. Sein Wesen steckt in seinem Namen, es ist ein Beratungsgremium. Klar scheint dabei eins: Das Parlament kann sich beraten lassen, von wem es will.

»Praktisch nicht mehr sinnvoll«

MALI Der Bundeswehr-Einsatz soll letztmalig verlängert werden. Die Opposition drängt auf den schnellen Abzug

Die Opposition im Bundestag stellt sich gegen das Vorhaben, den Bundeswehr-Einsatz in Mali noch einmal um ein weiteres Jahr zu verlängern. Neben AfD und Linken forderte vergangene Woche auch die Union, die Bundeswehr schnell zurückzuziehen. Es sei nicht sinnvoll, „über den 31. Dezember diesen Jahres hinaus Soldatinnen und Soldaten dieser Gefährdung auszusetzen“, sagte Unionsfraktionsvize Johann Wadepuhl (CDU) in der Plenardebatte. Die Bundeswehr ist seit zehn Jahren an der UN-Mission (MINUSMA) zur Stabilisierung des Landes beteiligt. Mit aktuell mehr als 1.000 Soldaten vor Ort ist es nach dem Abzug aus Afghanistan nicht nur personell der am stärksten fordernde Einsatz. Die Bundeswehr war zuletzt immer wieder von Malis Militärregierung behindert worden, die obendrein offen mit der russischen Söldnertruppe „Wagner“ kooperiert. Vor diesem Hintergrund will die Bundesregierung den Einsatz beenden – allerdings erst zum 31. Mai des nächsten Jahres. Sie verweist auch auf eine erhoffte stabilisierende Wirkung auf die für Februar 2024 geplanten Präsidentschaftswahlen in Mali. Wobei allerdings noch nicht einmal klar ist, ob diese überhaupt stattfinden, lautet der Tenor der Opposition.



Verteidigungsminister Boris Pistorius im April auf Truppenbesuch in Mali

© picture-alliance/dpa/Kappeler

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bezeichnete den Einsatz als „praktisch nicht mehr sinnvoll“ und verwies auf das Verhalten der malischen Regierung, die mit Auflagen MINUSMA beschränkte. Mit dem Einsatz ende indes nur ein Kapitel des Engagements im Sahel, andere Kapitel, wie der Bundeswehr-Einsatz im benachbarten Niger, seien zur Stabilisierung der Region in Vorbereitung beziehungsweise auf dem Wege.

Christdemokrat Wadepuhl nannte das Mandat eine „Zumutung“ und zählte auf, was alles nicht funktioniere: „Flüge der Heron-Drohnen, Fluggenehmigungen und so fort“. Die Bundesregierung nehme die Probleme in Mali nur noch hin und lasse die Soldaten alleine. Nötig sei der sofortige Abzug. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) widersprach: „Es geht hier auch um die Verlässlichkeit unseres Landes.“ Es gehe eben

nicht, „uns aus dem Staub zu machen, wenn es uns innenpolitisch gerade in den Kram passt“. Ulrich Lechte (FDP) führte an, dass es kein Geheimnis sei, dass ein geordneter Rückzug zwischen acht und zwölf Monaten Zeit brauche. Joachim Wundrak (AfD) sprach von einem Scheitern der westlichen Sahelpolitik und bemängelte, dass die Bundesregierung offenlasse, wann konkret mit der Rückverlegung des Kontingents begonnen werden solle. Andrej Hunko (Die Linke) sprach von einem „Fiasko“. Der zweitgrößte Einsatz nach dem Afghanistan-Einsatz sei gescheitert – und solle nun trotzdem nochmals verlängert werden, „obwohl wir abziehen müssen und obwohl das schneller geht“. Der Antrag (20/6655) der Bundesregierung wurde zur weiteren Beratungen in die Ausschüsse überwiesen. Der Bundestag wird voraussichtlich nächste Woche über die Mandatsverlängerung abstimmen. *aha*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHR BÜRGERNÄHE?

Ressource Konsens

PRO



Hannes Koch, freier Journalist

In der Politik das Los entscheiden zu lassen, mag als sperrige Idee erscheinen. Warum sollen politische Akteure durch die Zufallsauswahl bestimmt werden, wenn man sie auch wählen kann? Doch der erste ausgeloste Bürgerrat beim Bundestag wird demnächst diesen neuen Weg beschreiten. Das Verfahren könnte sich zu einer Ergänzung der parlamentarischen Demokratie entwickeln. Diese ist nicht fundamental bedroht, doch büßt sie Vertrauen ein. Mitunter sinkt die Wahlbeteiligung auf bedenkliche Niedrigstände. Die öffentliche Debatte zerfasert; Extremisten versuchen, die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik zu zersetzen. In dieser Situation können Bürgerräte helfen. Wer dem Verfahren einmal beigewohnt hat, stellt fest: Es nehmen Leute teil, die sich sonst nicht engagieren. Sie treffen auf andere, mit denen sie sonst niemals reden würden. Und meistens kommen die Laien am Ende ihrer Debatten zu überraschend konsensualen, wenig polarisierten Lösungen. Das macht Hoffnung. Bereitschaft zum Engagement, Durchlässigkeit, Offenheit, Konsensfähigkeit sind wichtige Ressourcen, die die parlamentarische Demokratie dringend braucht. Bürgerräte können sie bereitstellen. Dabei sollte man sie aber nicht überschätzen. Entscheiden müssen weiter die gewählten Abgeordneten – mitunter beraten von den ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings muss die Politik diese dann auch ernst nehmen. Eine Debatte im Plenum über den Abschlussbericht des Bürgerrates und eine weitere im Ausschuss reichen nicht. Wenn Leute sich engagieren, wollen sie mindestens wissen, was aus ihren Arbeitsergebnissen wird. Der Bundestag sollte ein Verfahren entwickeln, bei dem er über einzelne Bürger-Vorschläge abstimmt.

Geringer Mehrwert

CONTRA



Hagen Strauß, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Grundsätzlich gilt doch: Abgeordnete bekommen in ihren Wahlkreisen samstags am Infostand oder in ihren Ortsverbänden zu hören, welche Themen den Menschen unter den Nägeln brennen. So sollte es zumindest sein. Und gerade jetzt, wo es etwa um die große Frage des Heizungsaustausches geht, laufen die digitalen Postfächer voll. Wer davon nichts in seine politische Arbeit einfließen lässt, dürfte fehl am Platze sein. Bürgerräte sind da – wenn überhaupt – lediglich ein zusätzlicher Arbeitskreis, falls man nicht mehr weiter weiß. 160 sollen dem Rat beim Bundestag angehören. Die Zahl sagt schon etwas über den geringen demokratischen Mehrwert aus, der durch Auswahlkriterien und Losverfahren, also durch gelenkte Zufälligkeit, nicht höher wird. Auch das erste Thema zündet wenig: „Ernährung im Wandel“. Ziemlich abstrakt und aus Sicht vieler Menschen reine Geschmackssache. Vor allem nichts, bei dem die Politik dringend Nachhilfe benötigen würde. Neue Erkenntnisse sind davon nicht zu erwarten. Bürgerräte bedeuten nicht automatisch mehr Bürgernähe. Sie sind nicht repräsentativer, als das Parlament es ist. Darum geht es ja im Kern, wenn man solche Gremien fordert. Müllmänner und die derzeit gut beschäftigten Handwerker werden sich eher nicht beteiligen, dafür aber jene, die bereits als Weltverbesserer unterwegs sind. Soll heißen: Ein Wesen der repräsentativen Demokratie ist, dass sie die Bevölkerungsstruktur eben nicht adäquat widerspiegeln kann. Denn am Ende entscheiden immer noch die Wähler, welche politischen Entscheidungen überzeugt haben und wer in den Bundestag einzieht. Nicht Bürgerräte – und schon gar nicht ein Losverfahren.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Birthler, für welches Problem sind Bürgerräte die Lösung?

Bürgerräte sind vor allem eine wichtige Art und Weise, Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sichtweisen an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Wobei eine solche Beteiligung niemals ein Ersatz für die repräsentative Demokratie sein kann – sondern immer nur Ergänzung. Und auch das nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Welche sind das?

Nötig ist eine solide Organisation und Moderation. Und nötig sind Inputs und Vorträge für Mitglieder des Bürgerrats, die in die Lage versetzt werden, kenntnisreich und verantwortungsvoll politische Entscheidungen zu treffen.

Warum braucht es neben dem Parlament und der Öffentlichkeit in Form von Medien und sozialen Netzwerken überhaupt noch einen weiteren Ort für die politische Debatte?

Das eine ist: Mit dem Bürgerrat lassen sich die Kompetenzen der nicht in der praktischen Politik tätigen Bevölkerung nutzen. Denn es wäre dumm, darauf zu verzichten. Das zweite ist: Man kann die Politik mit den Denkergebnissen aus dem nichtpolitischen Raum konfrontieren. Häufig kommt an dieser Stelle der Hinweis, dafür hätten Abgeordnete ja ihre Wahlkreise. Aber da reden sie eben auch nicht mit einem Querschnitt der Bevölkerung, sondern in aller Regel versammelt sich da die parteinahe Community. Und das dritte ist: Der Bürger hat sich als ein Mittel der Politisierung und der Befähigung von Menschen bewährt, die Mechanismen der Politik besser zu verstehen.

Welchen Vorteil haben Bürgerräte gegenüber zum Beispiel einem Volksentscheid als Mittel direkter Demokratie?

Es gibt zwei Haupteinwände gegenüber der Praxis von Volksentscheiden und anderen Instrumenten direkter Demokratie. Zum einen ist recht beliebig, welches Thema es schafft, aufgerufen zu werden – das ist oft eine Frage von Ressourcen, von Geld und Zugang zu Medien zum Beispiel, um für eine Frage mobil zu machen. Zum anderen besteht das Risiko, dass die Frage zu vereinfachend gestellt, die Komplexität eines Themas nicht berücksichtigt wird. Deswegen finde ich persönlich die Kombination von Bürgerrat und Volksentscheiden reizvoll. Da, wo die Fragestellung dies zulässt, da wäre auch die Frage beantwortet, was aus den Ergebnissen wird.

Apropos: Wenn die für die Politik nicht bindend sind – im Koalitionsvertrag heißt es ja lediglich, »eine Befassung des Bundestags mit den Ergebnissen wird sichergestellt« – verkommt der Bürgerrat dann nicht zu einem demokratischen Feigenblatt und fördert eben jenen Politikverdrossenheit, dem er eigentlich abhelfen soll?

Die Frage nach der Schnittstelle zwischen Bürgerrat und Politik ist ganz wichtig. Denn wenn der Bundestag einen Rat anregt und finanziert, dann muss er sich auch Gedanken machen wie er mit den Ergebnissen umgeht. Da braucht es verbindliche Vereinbarungen. Sonst entsteht der Eindruck, man habe es dem Ofen erzählt.

Wie ließe sich das vermeiden?

Beispielsweise könnten aus jeder Fraktion Mitglieder des mit dem jeweiligen Thema befassten Bundestagsausschusses kommen, Ergebnisse zur Kenntnis nehmen und sich dazu verhalten, vielleicht mit Vertreterinnen und Vertretern darüber diskutieren. Das könnte reichen. Besser wäre ein Wechselspiel von Parlament und Bürgerrat, an dessen Ende ein Gesetzentwurf steht oder eine Beschlussvorlage oder ein verbindlicher Volksentscheid.



MARIANNE BIRTHLER Die Grünen-Politikerin über Bürgerräte, ihre Stärken, ihre Probleme – und was sie bewirken können

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

Gibt es dafür Beispiele?

Ich verweise da immer gern auf Irland. Irland ist das große Vorbild, das seit einigen Jahren schon Bürgerräte kennt. Das katholische Land hatte eines der ältesten und strengsten Abtreibungsgesetze Europas. Jahrzehntlang wurde darum gestritten. Schließlich hat man einen Bürgerrat einberufen, der von Experten unterstützt, beriet und das Thema letztlich auf eine Ja-Nein-Frage zuspitzte, über die 2018 in einem Bürgerentscheid abgestimmt wurde – mit einem für die Politik verbindlichen Ergebnis, nämlich einer deutlichen Mehrheit für ein liberaleres Abtreibungsrecht. Das war möglich, weil es eine Arbeitsteilung zwischen steuerndem Parlament und dem in Ruhe beratenden, Argumente wägenden Bürgerrat – und am Ende das bindende Referendum gab.

Was sich als Demokratinnen und Demokraten versteht, müsste ja eigentlich jedes Mehr an Beteiligung und Mitsprache begrüßen – warum sind Bürgerräte dennoch umstritten?

Wenn er über seinen Heimatort spricht, gerät Lindh ins Schwärmen, und nur einen kurzen Moment fragt man sich, ob es übertrieben ist. »Ich bin ja gegen Nationalismus«, sagt er, »aber wäre Wuppertal ein Nationalstaat, wäre ich glühender Nationalist«. Eine Stadt, die spätestens auf den zweiten oder dritten Blick ihre Schönheiten offenbart. »Wuppertal ist sehr divers und fliegt nie auseinander. Das Stadtleben überzeugt auch rational.«

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Erreichbare: Helge Lindh

Das dass Abgeordnetenleben kein Zuckerschlecken ist, erfährt Helge Lindh in diesem Moment. Es ist 20:15 Uhr, er schleicht sich aus einem Festakt im dritten Stock des Reichstages, nach einem langen Tag im Plenarsaal. Vor einer Stunde noch hatte er dort eine Rede über Bürgerräte gehalten, morgen muss er zweimal reden, nun, am Abend, bereitet er sie vor. Aber dann ist da noch dieses Interview. »Gestern Nacht hatte ich mir einen Wecker gestellt, mich nicht über die Bundestagsreden nachdenken, ich spreche ja frei«, sagt er, »aber dann bin ich doch wieder eingeschlafen«. Andererseits scheint Lindh keiner zu sein, der sich gern beschwert. Der mehr ein halbvolles als ein halbleeres Glas betrachtet. Also, was hatte er im Bundestag über Bürgerräte gesagt? Er nimmt die Brille ab, reibt sich kurz die Augen. »Bürgerräte stellen nicht die repräsentative Demokratie in Frage, sondern beginnen ein Wechselspiel, eine gegenseitige Stärkung«, sagt der SPD-Politiker aus Wuppertal. Die Ampel-Koalition hatte mit den Linken einen Antrag vorgelegt, um einen ersten Bürgerrat einzusetzen: »Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben« heißt dieser und wurde mit der Mehrheit der Regierungsfractionen sowie der Linken beschlossen. »Das sind keine Versammlungen, bei denen die üblichen Verdächtigen auftauchen«, wirbt Lindh, »sondern sie tragen die Chance in sich, bei Wahlen und politischen Prozessen sonst unterrepräsentierte Leute einzubinden« – per Losverfahren und Nachgewichtung. Eine Auswahl nach Gesinnung dürfe es nicht geben, sagt er.



»Bürgerräte stellen nicht die repräsentative Demokratie in Frage, sie beginnen ein Wechselspiel, eine gegenseitige Stärkung.«

her standen die Abgeordneten im Telefonbuch“, sagt er. »Die Wähler sollen schon die Möglichkeit haben, sich zu melden.« Die Folge ist ein eingeschränktes Privatleben. »Die rufen ja durchaus an und schreiben, zu verschiedensten Zeiten, und können auch schon mal ungeduldig werden.« Aber diesen Preis zahle er gern. Überhaupt beschreibt er seinen Beruf wie ein Geschenk. In sehr vielen Vereinen und Organisationen ist er Mit-

glied. Das ist seinen Kollegen nicht unähnlich, nur erscheint die Auflistung wenig strategisch, mehr wie ein Sammelsurium. »Ich bin neugierig und möchte gern vieles kennenlernen. Das ist ja das Privileg unseres Mandates als Abgeordnete.« Wenn er über seinen Heimatort spricht, gerät Lindh ins Schwärmen, und nur einen kurzen Moment fragt man sich, ob es übertrieben ist. »Ich bin ja gegen Nationalismus«, sagt er, »aber wäre Wuppertal ein Nationalstaat, wäre ich glühender Nationalist«. Eine Stadt, die spätestens auf den zweiten oder dritten Blick ihre Schönheiten offenbart. »Wuppertal ist sehr divers und fliegt nie auseinander. Das Stadtleben überzeugt auch rational.« Lindh wurde als Sohn eines Finnen und einer Deutschen geboren, studierte Geschichte, Germanistische Sprachwissenschaft und Soziologie, trat mit 23 Jahren der SPD bei, engagierte sich bei den Jusos. Klassisch kommunalpolitische Ämter gab es keine, stattdessen war er gewählter Vorsitzender des Integrationsrates, »dafür brannte ich«, sagt er. Der Sprung in den Bundestag kam überraschend, aber er überzeugte die Delegierten und Wähler mit Abstand – bei jeweils mehreren Wettbewerbern. »Ich hatte keinen Masterplan, es waren auch glückliche Umstände«, sagt er. »Zur richtigen Zeit am richtigen Ort.« Lindh ist einer, der etwas laut spricht. Mit den Händen gestikuliert. Sich unterbrechen lässt. Und auf seine Art entwandend ehrlich wirkt. Interessiert an der Sache und am Zusammenbringen. Und die Zukunft? »Erzwingen möchte ich nichts, und mich anpassen um jeden Preis umso weniger. Sonst würde ich mich nicht mehr selbst erkennen.« Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Mit der ständigen Beilage
AUS Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
12. Mai 2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird Recycling-Papier verwendet.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brähler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

GOGREEN PLUS
Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post



Über einen Zeitraum von zehn Online-Sitzungen und insgesamt 50 Stunden tagte Anfang 2021 der Bürgererrat zu „Deutschlands Rolle in der Welt“.

© Mehr Demokratie e.V.

Lösen statt wählen

BÜRGERRÄTE Befürworter werben mit mehr direkter Beteiligung des Souveräns. Doch am Konzept gibt es auch Zweifel

Als der Bundestag in der vergangenen Sitzungswache den ersten bundesweiten Bürgererrat zum Thema „Ernährung im Wandel“ einsetzte, da prallten das Pro und das Kontra in der Debatte hart aufeinander. Die Abgeordnete Marianne Schieder von der SPD sagte: „Der Bürgererrat ersetzt weder unseren parlamentarischen Auftrag noch gefährdet er ihn.“ Doch könne er die Demokratie ergänzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Der CDU-Abgeordnete Steffen Bilger widersprach. Die Ampelkoalition habe offenkundig kein stringentes Konzept für ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, sagte er. „Jetzt soll es ein Bürgererrat richten. Das ist nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver.“ Bilger fuhr prinzipiell fort: „Wir stehen zum repräsentativen System. Wir sind kritisch gegenüber allem, was es schwächen könnte. Unser Bürgererrat ist der Wahlkreis.“ Die Argumente der beiden Parlamentarier bildeten einen Teil jenes Meinungsbildes ab, das ohnehin zu Bürgererräten existiert.

»Menschen umgeben sich mit ihresgleichen. In Bürgererräten wird durchmisch.«

Thomas Sterk (Mehr Demokratie e.V.)

Vorreiter Thorsten Sterk ist Bürgererrats-Experte bei der Nichtregierungsorganisation „Mehr Demokratie“. Die Organisation gehört der Bietergemeinschaft an, die der Bundestag mit der Durchführung des Bürgererrates beauftragt hat. Die ersten Bürgererräte seien im antiken Griechenland entstanden, sagt Sterk. Heute seien die Vorreiter Irland, Frankreich und Großbritannien. Belgien, unter anderem mit einem ständigen Klima-Bürgererrat in Brüssel, die Niederlande und das österreichische Bundesland Vorarlberg seien ebenfalls weit vorn.

Mittlerweile entdeckte man Bürgererräte zunehmend auch in Deutschland. In den vergangenen vier Jahren seien auf lokaler Ebene 85 Bürgererräte einberufen worden, so Sterk. „Die Zahl ist explodiert.“ Sechs Landesregierungen hätten Bürgererräte in ihren Koalitionsverträgen verankert. SPD, Grüne und FDP zogen 2021 in ihrem Koalitionsvertrag für die Bundesebene nach. Demnach soll der Bundestag in dieser Legislaturperiode drei Bürgererräte einsetzen, der zu „Ernährung im Wandel“ ist der erste. „Das ist eine Ergänzung für den demokratischen Prozess – damit die Politik einen Kompass bekommt, wo es für den Querschnitt der Bevölkerung hingehen soll“, sagt Sterk von „Mehr Demokratie“.

Dabei gebe es freilich zwei Dinge zu beachten. Zunächst gehe es darum, die Bürgererräte möglichst divers zusammenzusetzen. So werden für den Bürgererrat „Ernährung im Wandel“ Menschen aus Städten und Gemeinden quer durch Deutschland gesucht. Zwar werden sie ausgelost. Die Initiatoren achten bei ihren anschließenden Anfragen bei potenziellen Teilnehmern aber darauf, dass Geschlechterparität herrscht, alle Altersgruppen berücksichtigt werden und Menschen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen ebenso vertreten sind wie Bürger ohne und mit Migrationshintergrund.

„Im Bundestag sind 87 Prozent aller Abgeordneten Akademiker, in der Bevölkerung sind es aber nur 18 Prozent“, sagt Thorsten Sterk. „In Bürgererräten geht es um Diversität, damit keine Perspektive übersehen wird. Denn Menschen umgeben sich gern mit ihresgleichen. In Bürgererräten wird durchmisch.“ Üblicherweise werden Bürgererräte auch mit Experten-Wissen versorgt – zumindest dann, wenn sie es wünschen.

Wichtig sei zudem, so Sterk, dass Empfehlungen, die Bürgererräte am Ende geben, „nicht in der Schublade verschwinden“. So sollte der Bundestag aus seiner Sicht seinen ersten Bürgererrat kontinuierlich begleiten und sich zu dessen Empfehlungen verhalten. „Es gebietet der Respekt, dass man den Teilnehmern Rückmeldung gibt.“ Tatsächlich nehmen Bürgererräte in Zeiten, in denen die Demokratie im Westen zunehmend unter Druck gerät, eine mittlere Stellung ein – nämlich zwischen den Parlamen-

ten einerseits und direkt-demokratischen Instrumenten wie Volksbegehren und Volksentscheiden andererseits. Die Parlamente beteiligen die Bürgerinnen und Bürger, verpflichten sich aber nicht, deren Empfehlungen zu übernehmen. Nicht alle überzeugt dieses Konzept. „Es wäre der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, der Bürgerbefragungen organisieren, Anhörungen öffentlich wirksam gestalten oder auf Studienfahrt mit organisierter Bürgerbeteiligung hätte gehen können“, schrieb Stefan Kornelius in der „Süddeutschen Zeitung“ nach der Einsetzung des Ernährungs-Bürgererrats. „In der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes heißt der Bürgererrat immer noch Deutscher Bundestag.“

Derweil ist die Frage, wie Menschen sich ernähren oder ernähren sollten, zwar zunehmend strittig. Dies hat tierethische, gesundheitspolitische- und vor allem klimaschutzpolitische Ursachen. Das Thema „Ernährung im Wandel“ ist jedoch wenig kontrovers formuliert. Vorschläge für Gesetze und mehr Verständnis für parlamentarische Prozesse – das erwartet Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) vom Bürgererrat. Sie verspreche sich eine Bereicherung und Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, keinen Ersatz, sagte Bas dem Evangelischen Pressedienst (epd). Erfahrungen aus Kommunen, Ländern und anderen Staaten zeigten, dass Bürgerinnen und Bürger durch solche Gremien Verständnis dafür entwickelten, wie komplex manche Probleme und wie schwierig Kompromisse seien: „Da wächst tatsächlich das Verständnis dafür, dass es in der Politik nicht nur Schwarz oder Weiß gibt“, so die Bundestagspräsidentin.

Die langjährige Grünen-Politikerin und spätere Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Marianne Birthler, hat einen in der vorigen Legislaturperiode eingesetzten Modellbürgererrat geleitet, dessen Schirmherr der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) war – und zwar zum Thema: „Deutschlands Rolle in der Welt“ (siehe Interview auf Seite 2). Ihre Erfahrungen sind positiv. „Ich war sehr beeindruckt, wie das lief“, sagt Birthler. Und dies, obwohl die Beratungen wegen der Corona-Pandemie überwiegend digital stattfinden mussten.

Man habe die wirtschaftliche und die menschenrechtliche Seite der deutschen Außenpolitik in fünf Untergruppen beleuchtet und abschließend in Plenarsitzungen versucht, die Ergebnisse zusammenzuführen. In diesem Prozess seien die von Anfang an Kenntnisreichen mit den weniger Kenntnisreichen sehr solidarisch gewesen, erinnert sich Birthler. „Es herrschte eine sehr wertschätzende Atmosphäre.“ Einige

hätten nachher gesagt: „Ich wusste gar nicht, wie schwierig Politik ist.“ Sie verweist überdies auf das Beispiel Irland, wo ein Bürgererrat einen Volksentscheid zum Thema Abtreibungen vorbereitet und eine Mehrheit für deren Legalisierung gestimmt habe. Bei Volksentscheiden werde sonst gern „die Populismus-Maschine eingeschmissen“, mahnt Birthler. „Durch einen Bürgererrat wird die Gefahr gebannt.“ Ein irischer Verfassungsparagraf besagte lange Zeit, dass der Fötus dasselbe Lebensrecht habe wie die Schwangere. Damit waren Abtreibungen faktisch ausgeschlossen. Abtreibungswillige Frauen gingen ins Ausland, überwiegend nach England. Viele

Bürger hielten von all dem nicht viel. Die Regierung des katholischen Landes scheute aber eine Korrektur – augenscheinlich aus Rücksicht auf ihre eigenen Wähler. Die seit 2016 bestehende Citizens’ Assembly aus 99 Frauen und Männern schlug eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts vor. Bei einem Referendum schloss sich die Mehrheit der Bevölkerung dem an – und entlastete so die Regierung. Das Szenario wiederholte sich in zwei weiteren Fällen. Der Fahrplan für den Bürgererrat „Ernährung im Wandel“ steht unterdessen fest. Die erste Sitzung ist für September geplant. Teilnehmen sollen 160 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger. In Frage

komme jede Person, die mindestens 16 Jahre alt ist und einen Erstwohnsitz in Deutschland hat, heißt es. Das Gremium soll dann am 29. Februar 2024 ein Bürgergutachten mit Empfehlungen für die Politik erarbeiten.

Marianne Schieder von der SPD sieht dem hoffnungsvoll entgegen, Steffen Bilger von der CDU eher nicht. „Wir werden den Bürgererrat konstruktiv-kritisch begleiten“, sagte Letzterer im Plenum. Aber: „Wir lehnen Showveranstaltungen ab.“ - Alles weitere bleibt abzuwarten. **Markus Decker**

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

»Was die Stadt angeht«

ANTIKE Das alte Athen ist Vorbild für direkte Demokratie. Eine Mehrheit blieb aber draußen

Im Deutschen gibt es eine Vielzahl von Begriffen, über deren Herkunft oder Ableitung aus der Sprache der alten Griechen man sich selten den Kopf zerbricht. „Telefon“ („Fern-Ton“) ist ein solches Beispiel oder auch die „Grammatik“ („Kunst des Schreibens“) und der „Barbar“ („Stammler“). Der Begriff „Idiot“ gehört auch dazu. Wie heute bezeichnet er schon im alten Griechenland wenig Schmeichelhafes. „Idioten“ wurde genannt, wer sich in der griechischen Polis aus den öffentlichen Angelegenheiten heraus hielt und vor der Übernahme von Ämtern drückte. All das war nämlich verpönt. Der Begriff Politik ist übrigens ein weiteres Beispiel, dessen Spur an die antike Agäs führt: „ta politika“ lässt sich mit „was die Stadt angeht“ übersetzen und ist wohl die bündigste Begründung dafür, warum die athenische Demokratie so viele Demokratien der Neuzeit beflügelt hat: Als Gemeinwesen mit Raum für Bürgersinn und der Bereitschaft der Bewohner, politische Verantwortung zu übernehmen, als Vorbild der direkten Beteiligung der Bürger an den Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen.

Ob Volksversammlung, Regierung oder Gerichte – im Athen des fünften und vierten Jahrhunderts v. Chr. konnte jeder Bürger direkt über Geschicke des Gemeinwesens mitentscheiden, freilich mit einigen aus unserer heutigen Sicht brutalen Einschränkungen: Frauen, Unter-30-Jährige und Fremdarbeiter gehörten nämlich nicht dazu, Sklaven ohnehin nicht. In Athen waren es zum Beispiel nur etwa 30.000 bis 40.000 Männer, die ihr Rederecht in der Volksversammlung auf der Pnyx, einem Hügel nahe der Agora, wahrnahmen oder in der 500 Mitglieder umfassenden Ratsversammlung mitwirkten. Man



Die Akropolis in Athen

© picture-alliance/dpa

kann von einer unmittelbaren Herrschaft des Volkes sprechen – mit der Eintrübung, dass dieser „demos“ nur rund zehn Prozent der Einwohner der Stadt abbildete. Nur in wenige wichtige Ämter, Finanzen, Städtebau, Wasserversorgung und militärische Führung, wurde man gewählt. Stattdessen wurden 6.000 Bürger im Jahr per Losverfahren zu Richtern bestimmt, die Beamten auf Zeit wurden ebenso in solchen Verfahren regelmäßig ermittelt. Dafür standen Losmaschinen bereit – Steinplatten mit in Spalten angeordneten Schlitzen, in die Plättchen mit den Namen der zur Lösung stehenden Personen geschoben wurden. Vom Losverfahren versprachen sich die alten Griechen die Verhinderung von Protektion und Patronage, sie sahen darin ein Regulativ, das weder auf Vermögen noch auf gesellschaftliche Stellung Rücksicht nahm.

Es gibt noch einen weiteren auch heute noch verwendeten Begriff, der schon in der Akropolis in Gebrauch war und der sinnbildlich für die Gefahren steht, in die eben auch eine in mancher Hinsicht wünschenswerte Demokratie wie die altgriechische geraten kann: Das ist „demagogós“, der „Volksverführer“ und „Aufwiegler“, der mit seinen Reden in der Volksversammlung die Stimmung hochpeitscht. Der Philosoph Platon sah gerade darin den größten Schwachpunkt der Demokratie. Er selbst zog es vor, nicht in Athen, sondern in Sparta zu leben, das nach heutigem Maßstäben wohl als autoritäres Regime durchgehen würde. Die Rede vom Wetterwendischen, Flatterhaften und Stimmungsgetriebenen in der Demokratie: Diese Klage reicht zurück an die Anfänge der westlichen Welt. **Alexander Heinrich**

Insgesamt 16 Seiten umfasst das Beschlusspapier, auf das sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Regierungschefs der 16 Bundesländer vergangenen Mittwoch auf ihrem mit Spannung erwarteten Flüchtlingsgipfel verständigt haben. Eine Kernaussage daraus findet sich auf Seite 4; danach wird der Bund zur Entlastung der Kommunen und Finanzierung der Digitalisierung von Ausländerbehörden die Flüchtlingspauschale an die Länder für das laufende Jahr um eine Milliarde Euro erhöhen. Ein weiterer Schlüsselsatz lautet, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene für verpflichtende Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen für bestimmte Personengruppen eintritt. Damit sollen Migranten mit geringer Aussicht auf internationalen Schutz „ein möglichst schnelles, rechtsstaatliches Asylverfahren an der Außengrenze durchlaufen“, wo ihre Identität festgestellt und über ihre Asylanträge entschieden werden soll; Rückführungen seien „unmittelbar durchzuführen“.

»Verpasste Chance« Im Bundestag, der sich einen Tag danach in gleich zwei Debatten mit der Migrationspolitik befasste, stieß das Ergebnis der Bund-Länder-Runde auf ein gemischtes Echo. Scharfe Kritik kam dabei von der Opposition. Andrea Lindholz (CSU) sprach mit Blick auf das Treffen des Kanzlers mit den Länderchefs von einem „Gipfel der verpassten Chancen“. Zwar gebe es „für dieses Jahr eine Milliarde mehr“, doch sei die Forderung der Kommunen nach finanzieller Planungssicherheit nicht erfüllt worden. Auch habe die Bundesregierung es verpasst, „ein klares Signal des Umstehens und der Begrenzung der irregulären Migration“ zu geben. Bernd Baumann (AfD) warf der CDU/CSU vor, ihrer Forderung nach Rückführungen zu ihrer Regierungszeit selbst nicht nachgekommen zu sein. Die Union wolle ebenso wie die heutige Regierungskoalition nicht abschieben, während die Zahl der illegalen Einwanderer und der nicht Abgeschobenen „geradezu explodiert“.

Clara Bünger (Linke) beklagte dagegen, dass es keine legalen Fluchtwege gebe, weshalb alle Schutzsuchende irregulär einreisen müssten. Dabei erhielten mehr als 70 Prozent einen Schutzanspruch. Deshalb sei der Ruf nach mehr Abschiebungen fehl am Platz. Nötig sei eine finanzielle Unterstützung der Kommunen, damit sie Geflüchtete versorgen und integrieren können. Zwar bekämen die Kommunen nun eine dringende benötigte Finanzspritze, doch habe der Gipfel keine langfristige Lösungen gefunden, sondern „hauptsächlich Maßnahmen zur Abschottung beschlossen“. Stephan Thomae (FDP) konstatierte demgegenüber, die Koalition wolle mehr gesteuerte, reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt, ferner mehr Kontrolle und Begrenzung irregulärer Migration in das Asyl- und Sozialsystem sowie einen gerechteren Verteilungsmechanismus innerhalb Europas und „natürlich“ an den humanitären, völker- und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen festhalten.

Helge Lindh (SPD) betonte, dass der Rechtsstaat auch für Flüchtlinge an den Außengrenzen gelten müsse. Dabei hätten sich auf dem Flüchtlingsgipfel auch die Ministerpräsidenten der Union zu dem Kurs



Gemischtes Echo

ASYL Auch nach dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt bleibt die Migrationspolitik im Bundestag heftig umstritten

Bundeskanzler Olaf Scholz (Mitte) mit den Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Stephan Weil (links) und Hendrik Wüst, am vergangenen Mittwoch nach der Pressekonferenz zum Bund-Länder-Gipfel

der Koalition bekannt, der sich in dem Beschlusspapier finde. Dazu gehöre das Thema der Reduktion irregulärer Migration, doch mache die Ampel auch deutlich, dass etwa Grenzkontrollen nicht bedeuteten, dass es keine Asylanträge mehr gebe. Auch könnten Abschiebungen ein Baustein sein, „aber mit Fokussierung insbesondere auf Gefährder und Straftäter“ und „nicht mit der Suggestion, wir könnten jetzt Hunderttausende abschieben“. Katrin Göring-Eckardt (Grüne) warb für „mehr Ordnung und mehr Humanität“ in der Flüchtlingspolitik. Dabei wolle sie, dass an den Außengrenzen „registriert wird“, dass Asylverfahren schnell durchgeführt werden, dass „zurückkehrt, wer zurückkehren muss“, und dass „verbindlich verteilt

wird in Europa“. Ordnung und Sicherheit bedeute, dass jeder, der in die EU kommt, registriert und jedes einzelne Asylgesuch rechtsstaatlich geprüft wird. Dabei könne „dieser neue Start“ nur mit einem verpflichtenden Verteilungsmechanismus gelingen, weil die Außengrenzenländer sonst keinen Grund hätten, der Reform zuzustimmen.

Abgestimmt In namentlicher Abstimmung wies das Parlament zugleich einen CDU/CSU-Antrag (20/6173) zur Durchsetzung von Ausreisepflichten und Beseitigung von Abschiebehürden mit 416 Nein-Stimmen bei 259 Ja-Stimmen zurück. Gegen die Stimmen von Union und AfD lehnte der Bundestag zugleich einen weiteren CDU/CSU-Antrag (20/6731) ab, die an

der deutsch-österreichischen Grenze stattfindenden Kontrollen vorübergehend auf die Grenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz auszuweiten.

Auch Anträge der AfD-Fraktion für eine „nationale Kraftanstrengung zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern“ (20/1508) und für eine „Rückführungs-offensive 2023“ (20/6184) fanden keine Mehrheit im Parlament. Ein dritter AfD-Antrag (20/6717) wurde an die Ausschüsse überwiesen. Danach soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Grenzschutzzäune und andere physische Barrieren zur Abwehr illegaler Migration an den EU-Außengrenzen im Rahmen eines gemeinsamen zwischenstaatlichen Fonds finanziert werden. **Helmut Stoltenberg** ■

Kleber in der Kritik

INNERES I Zank um Umgang mit der »Letzten Generation«

Die Straßenblockaden und weitere Aktionen der Klimagruppierung „Letzte Generation“ stoßen im Bundestag bei den Koalitionsfraktionen wie auch in weiten Teilen der Opposition in unterschiedlicher Schärfe auf Ablehnung. Dies wurde vergangene Woche bei der ersten Debatte über einen AfD-Antrag zu einem „Verbot der Organisation „Letzte Generation“ (20/6702)“ deutlich. Danach soll die Bundesregierung prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Organisation gegeben sind, und gegebenenfalls ein solches Verbot erlassen. Redner aller anderen Fraktionen wiesen diesen Vorstoß zurück.

Stephan Brandner (AfD) bewertete in der Debatte die „Letzte Generation“ als „Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik“. Was „die Klimajugend innerhalb der „Letzten Generation“ auf den Straßen verwirklichte, sei „nichts anderes als Terrorismus“.

Uli Grötsch (SPD) nannte es ein legitimes Unterfangen, für mehr Klimaschutz zu demonstrieren, und teilte diese „grundsätzliche inhaltliche Zielrichtung“. Es sei aber „schändlich“, nahe des Reichstagsgebäudes Glaswände mit Grundgesetz-Artikeln zu besudeln, und eine Straftat, sich auf der Straße festzukleben und damit auf gefährliche Weise in den Straßenverkehr einzugreifen. Damit werde das berechtigte Anliegen ad absurdum geführt. Dieses Vorgehen habe Spaltpotenzial für die Klimabewegung.

Wie Grötsch für die Sozialdemokraten kündigte auch Philipp Amthor (CDU) für seine Fraktion die Ablehnung des AfD-Antrags an. Das Anliegen, über ein Verbot der „Letzten Generation“ zu reden, sei indes diskussionswürdig, befand Amthor. Die Gruppierung habe dem „wichtigen Anliegen des Klimaschutzes maximal geschadet“ und müsse „jetzt gestoppt werden“. Lukas Benner (Grüne) wertete die Protestform der „Letzten Generation“ als kontraproduktiv. Sie helfe nicht, die dringend erforderlichen Mehrheiten für mehr Klimaschutz durchzusetzen. Der Zweck der „Letzten Generation“, auf mehr Klimaschutz aufmerksam zu machen, sei jedoch kein Verstoß gegen die Strafgesetze. Nicole Gohlke (Linke) sagte, man müsse nicht jedes Anliegen und nicht jede Protestform richtig finden. Die AfD fordere aber „die polizeistaatliche Unterbindung eines grundrechtlich geschützten Protestes“, der sich gegen das „staatliche Versagen bei der Einhaltung der klimapolitischen Ziele“ richte.

Konstantin Kuhle (FDP) betonte, die „Letzte Generation“ könne demonstrieren, aber „nicht in einer Art und Weise, die keinen Widerspruch duldet“. Auch gebe es innerhalb dieser Organisation eine Form von Radikalisierung, die ihm große Sorgen bereite. Die Sicherheitsbehörden seien jedoch „vollkommen in der Lage, mit diesem Phänomen umzugehen“. **sto** ■

Kein Platz für Extremisten

INNERES II Novelle des Disziplinarrechts umstritten

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung (20/6435) stößt in der Opposition auf deutliche Kritik. Vertreter der Koalition verteidigten dagegen vergangene Woche bei der ersten Lesung des Entwurfs das Vorhaben, das eine schnellere Entfernung von Extremisten aus dem Dienst ermöglichen soll.

Wie die Regierung in der Vorlage schreibt, können bis zum Abschluss eines auf die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis gerichteten Disziplinarverfahrens derzeit mehrere Jahre vergehen. Dies sei insbesondere bei Personen, die die Bundesrepublik und ihre freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen, nicht hinzunehmen. Durch die vorgesehene Änderung soll das „langwierige Verfahren der Disziplinar-klage durch umfassende Disziplinarbefugnisse der Disziplinarbehörden“ abgelöst werden. Statt Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht erheben zu müssen, sollen die Disziplinarbehörden künftig sämtliche Disziplinarmaßnahmen „durch Disziplinarverfügung aussprechen“. Effektiver Rechtsschutz werde durch die Möglichkeit der nachgelagerten gerichtlichen Vollkontrolle der Disziplinarverfügung durch die Verwaltungsgerichte sichergestellt. Die Union fordert indes in einem Antrag (20/6703) die Bundesregierung auf, von

der Einführung einer „systemwidrigen Disziplinarverfügung abzuweichen“. Petra Nicolaisen (CDU) sagte, gebraucht werde vielmehr eine Reduktion von Verfahrensfehlern, Professionalisierung der Disziplinarverfahren und mehr Personal bei den Disziplinarakammern der Verwaltungsgerichte. Wie die Union teilte Martina Renner für die Linke die Zielsetzung, Extremisten schneller aus dem Dienst zu entlassen, kritisierte aber „den Weg dorthin“ und forderte „präzise Vorgaben im Gesetz, welche Vergehen wie zu ahnden sind“.

Christian Wirth (AfD) sprach von einem „Angriff auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. Künftig solle der Beschuldigte in einem von ihm anzustreitenden Gerichtsverfahren beweisen, dass er unschuldig ist. Der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Johann Saathoff (SPD) betonte dagegen, durch die Reform würden die Unschuldsvermutung, die behördliche Beweislast für das Dienstvergehen und rechtliches Gehör nicht antastet. Konstantin von Notz (Grüne) sagte, die Neuregelung genüge hohen rechtsstaatlichen Standards. Betroffene könnten die Entscheidungen von Behörden und Gerichten prüfen lassen. Auch Konstantin Kuhle (FDP) hob hervor, dass sich ein betroffener Beamter „natürlich“ gegen die Disziplinarverfügung zur Wehr setzen könne. **sto** ■

KURZ NOTIERT

Bessere Versorgung für Lipödem-Patienten gefordert

Die Linksfraktion fordert eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für Lipödem-Patienten. In Deutschland sei vermutlich ungefähr jede zehnte Frau von der chronischen Fettverteilungsstörung betroffen, heißt es in einem Antrag der Fraktion (20/6713), über den vergangene Woche erstmals beraten wurde. Viele Betroffene seien in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Auch Folgeerkrankungen wie Depressionen oder Essstörungen träten auf. Die Abgeordneten fordern unter anderem, bis zum Vorliegen von Ergebnissen aus einer Erprobungsstudie des Gemeinsamen Bundesausschusses die Erstattungsfähigkeit der Fettsaugung (Liposuktion) nicht nur in Stadium III, sondern auch in den Stadien I und II sicherzustellen. **pk** ■

AfD will Medaillenprämien auch für gehörlose Sportler

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, sich bei der Deutschen Sporthilfe dafür einzusetzen, dass die Medaillengewinner der Deaflympics sowie die Olympischen und Paralympischen Medaillengewinner zusätzlich eine angemessene Prämie – gestaffelt nach Gold, Silber und Bronze – erhalten. In dem Antrag (20/6718) mit dem Titel „Erfolg muss honoriert werden – Prämien für gehörlose Medaillengewinner der Deaflympics“ fordern die AfD-Abgeordneten im Einzelnen für Gold 10.000 Euro, für Silber 8.000 Euro und für Bronze 6.000 Euro. Der Antrag wurde in der vergangenen Woche ohne Debatte an den Sportausschuss überwiesen. **mis** ■

Große Zweifel an der Pflegereform

ANHÖRUNG Experten vermissen langfristiges Konzept zur Finanzierung der Pflege

Die heftige Kritik an der Pflegereform zieht sich durch alle Fachverbände. In der Anhörung zu dem Gesetzentwurf (20/6544) in der vergangenen Woche machten die Sachverständigen keinen Hehl aus ihrer Skepsis und forderten von der Bundesregierung Nachbesserungen. Das Geld für die Versorgung reiche vorne und hinten nicht, ein Konzept für die langfristige Finanzierung der Pflege liege auch nicht vor, bemängelten die Experten in der Anhörung des Gesundheitsausschusses. Mit der Pflegereform sollen Pflegebedürftige entlastet und die Einnahmen stabilisiert werden. Dazu ist eine Anhebung der Beiträge zum 1. Juli 2023 um 0,35 Punkte vorgesehen sowie zugleich eine Differenzierung der Beiträge nach der Zahl der Kinder. Die Bundesregierung soll ferner dazu ermächtigt werden, den Beitragssatz durch Rechtsverordnung festzusetzen, falls auf einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf reagiert werden muss. In der häuslichen und stationären Pflege werden Leistungen aufgestockt. So werden das Pflegegeld und die ambulanten Sachleistungen zum 1. Januar 2024 um fünf Prozent angehoben.

Große Lücken Die Interessenvertretung der pflegenden Angehörigen, „wir pflegen!“, kritisierte, etliche wichtige Vorhaben seien gar nicht berücksichtigt worden, so etwa die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen über Steuern. Pflegebedürftige und Angehörige müssten zudem bei Bedarf die Leistungen auch erhalten können, das sei jedoch nicht der Fall. Die pfle-

gerische Infrastruktur weise gravierende Lücken auf. In der Folge würden gesetzliche Leistungsansprüche nicht in Anspruch genommen werden. Der Interessenverband forderte eine stärkere Anhebung des Pflegegeldes um 20 Prozent sowie von ambulanten Sachleistungsbeträgen um mindestens 30 Prozent noch in diesem Jahr sowie einen Rechtsanspruch auf Tagespflege. Eine ähnlich kritische Einschätzung kam von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, die eine große Systemreform anmahnte, um die Pflegeversicherung zukunftsfest zu gestalten. Nach Ansicht des Verbandes sind die geplanten Erhöhungen des Pflegegeldes und der ambulanten Sachleistungen nicht ausreichend. Schon heute müssten die Familien große Abstriche in der Versorgung hinnehmen, weil die Kosten einer am Bedarf orientierten Versorgung explodierten. Nötig sei die sofortige Dynamisierung der Leistungen.

»Es droht der Zusammenbruch der Versorgungsstrukturen in Deutschland.«
Deutscher Pflegerat (DPR)

Klare Warnung Nach Ansicht des Sozialverbandes Deutschland bleibt die Vorlage weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Trotz der angespannten Situation in der Langzeitpflege beschränke sich der Entwurf auf kurzfristig wirkende Vorschläge. Grundlegende Lösungen zur langfristigen Stabilisierung der pflegerischen Versorgung würden verjagt. Zugleich sei mit der Streichung der ursprünglich geplanten Zusammenführung von Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zu einem gemeinsamen Jahresbetrag eine zentrale Entlastungsregelung entfallen. Das werteten auch andere Sachverständige in der Sitzung als gravierenden Nachteil.

Der Deutsche Pflegerat (DPR) warnte vor einem Zusammenbruch der Versorgungsstrukturen, da die Akteure ihren Auftrag nicht sicherstellen könnten. Die Anhebung der Beiträge und die geringen Anpassungen der Leistungen seien keine langfristigen Lösungen, um den Herausforderungen in der Versorgung entgegenzutreten.

Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kritisierte, wenn die Regierung den Beitragssatz künftig per Verordnung anheben könne, schränke das die parlamentarische Entscheidungsmöglichkeit ein. Auf die Ermächtigung sollte daher verzichtet werden. Die Einzelsachverständige Carola Reimann hob die Stärkung der häuslichen Pflege als zentrale Aufgabe hervor. Mit dem Entwurf würden keine Initiativen ergriffen, mit denen Potenziale zum Erhalt und zur Förderung der Selbstständigkeit und Fähigkeiten der Pflegebedürftigen gestärkt werden könnten, um Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern, kritisierte die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes.

Zeitraum zu kurz Dazu wäre eine Neuausrichtung der Kurzzeitpflege geeignet. Für diese strukturellen Weiterentwicklungen müssten zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Reimann betonte in der Anhörung: „Die Langzeitpflege ist eine der größten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die wir haben.“ Der Arbeitgeberverband BDA stellte die Umsetzung der geplanten Beitragsdifferenzierung nach Kindern zum 1. Juli 2023 infrage. Die dazu nötige Erhebung der Daten sei aufwendig, das sei in dem vorgesehenen Zeitraum nicht zu bewältigen. Sinnvoll wäre überdies, für diesen Zweck eine zentrale, digitale Erfassungsstelle einzurichten. **Claus Peter Kosfeld** ■

Kalkulierbare Mittel

WHO Gesundheitsbehörde soll reformiert werden

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag einen Antrag der Ampel-Fraktionen zur nachhaltigen Stärkung und Aufwertung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) genehmigt. Für den Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP votierten am Freitag in namentlicher Abstimmung 497 Abgeordnete, 68 stimmten dagegen, 25 enthielten sich. In der Aussprache zuvor hatte lediglich die AfD-Fraktion ihre Ablehnung zum Ausdruck gemacht.

In der Covid-19-Pandemie sei erneut deutlich geworden, dass der WHO die Fähigkeiten fehlten, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen, heißt es in dem Antrag. Um den internationalen Erwartungen an die Organisation gerecht zu werden, brauche es Reformen sowie politische, personelle und finanzielle Unterstützung. Der WHO fehlten kalkulierbare und flexible Mittel, um ihre Führungsrolle in der globalen Gesund-

heitspolitik auszufüllen. Fast 80 Prozent des WHO-Haushalts seien freiwillig und zweckgebunden. Derzeit laufen den Angaben zufolge Verhandlungen über ein Pandemieabkommen mit dem Ziel, besser auf Pandemien reagieren zu können.

Erfolgsgeschichte In der Aussprache hoben Redner aller Fraktionen außer der AfD die Bedeutung der WHO für die globale Gesundheitspolitik hervor. Tina Rudolph (SPD) sagte, die WHO setze sich dafür ein, das Recht auf Gesundheit bestmöglich zu verwirklichen und alle Menschen vor Gesundheitsgefahren zu schützen. In der Coronakrise habe sich gezeigt, warum starke Gesundheitssysteme und internationale Kooperation gebraucht würden. Hermann Gröhe (CDU) sprach von einer Erfolgsgeschichte der WHO und erinnerte an die Eindämmung der Kinderlähmung. Es gebe noch viele Gefahren zu bewältigen wie Krebs, Demenz, Diabetes oder die Folgen des Klimawandels. „Wir brauchen eine starke WHO.“ Johannes Wagner (Grüne) warnte, durch die Zerstörung von Lebensräumen und Ökosystemen könnten neue Krankheiten ausbrechen. Die Klimakrise stelle die größte Gesundheitsgefahr dar. Christina Baum (AfD) rügte die aus ihrer Sicht undurchsichtige Finanzierung der WHO. Der Einfluss privater Spender sei ein Interessenkonflikt. Es dürfe auch nicht dazu kommen, dass die WHO über weitreichende Auflagen wie Ausgangssperren oder Pflichtimpfungen einzelner Länder entscheide. Andrew Ullmann (FDP) betonte hingegen, der Antrag sei ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus in globalen Gesundheitsfragen. Es gelte, Kapazitäten der WHO zu stärken. Ates Gürpınar (Linke) sagte: „Die WHO verdient unsere uneingeschränkte Unterstützung.“ **pk** ■



Die WHO wurde 1948 gegründet.



Die Frankfurter Paulskirche: Am 18. Mai 1848 versammelten sich dort erstmals die Abgeordneten des ersten gewählten gesamtdeutschen Parlaments.

© picture-alliance/greatif/Florian Gaul

Verfolgte Zeugen Jehovas

KULTUR In Berlin soll ein Mahnmal für die während der nationalsozialistischen Diktatur verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas errichtet werden. Die Mitglieder der Religionsgemeinschaft hätten aus ihrem Glauben heraus geschlossenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet und seien eine der ersten verfolgten Gruppen gewesen, heißt es in einem gemeinsamen Antrag (20/6710) der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, von Bündnis/Die Grünen und der FDP, über den der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet und ihn zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss überwies.

Nach dem Willen der vier Fraktionen soll sich die Bundesregierung unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen für ein Denkmal im Berliner Tiergarten einsetzen. Das Mahnmal soll aus einer Gedenkskulptur und Informationstafeln bestehen. Die Realisierung des Mahnmals soll in Abstimmung mit dem Land Berlin erfolgen, mit der Planung und Umsetzung soll die Bundesstiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas beauftragt werden. Darüber hinaus soll die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um Defizite in der Aufarbeitung der Geschichte, der öffentlichen Anerkennung und der Erforschung der verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas zu beseitigen.

In der Debatte signalisierte auch die Linksfraktion ihre Zustimmung. Zugleich bemängelte sie, dass sie nicht in die Formulierung des Antrags eingebunden worden sei. Die AfD-Fraktion hingegen ließ offen, ob sie dem Antrag zustimmen wird. aw ||

Die Saat der Freiheit

JUBILÄUM Bundestag würdigt die Nationalversammlung in der Paulskirche vor 175 Jahren

Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Deutschland will Eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes, unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen." Mit diesen Worten beschrieb Heinrich von Gagern die Aufgabe der Nationalversammlung, die am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat und zu deren Präsident von Gagern gewählt wurde. 175 Jahre später würdigte am vergangenen Donnerstag alle Fraktionen des Bundestages diesen ersten Anlauf zur Schaffung eines deutschen Nationalstaates und einer parlamentarischen Demokratie. Die Redner aller Fraktionen zeigten sich zwar über die herausragende Bedeutung der Paulskirchenversammlung als erstes gewähltes, gesamtdeutsches Parlament einig, interpretierten das historische Ereignis jedoch mitunter höchst unterschiedlich. Auch wenn die von der Nationalversammlung erarbeitete Verfassung letztlich an antidemokratischen Widerständen gescheitert

»Der Traum von Freiheit gehört wie die Demokratie zur DNA Europas.«

Kulturstaatsministerin
Claudia Roth (Grüne)

so, so lehre sie „eindrücklich, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von Anfang an hart erkämpft werden mussten und dass wir sie heute genauso hart gegen ihre Feinde und Verächter verteidigen müssen“ befand die SPD-Abgeordnete Marianne Schieder zum Auftakt der Debatte und bekam dafür Applaus aus den Reihen aller Fraktionen – mit Ausnahme der AfD. Die Frankfurter Paulskirche sei ohne Zweifel „ein maßgeblicher Ort deutscher Demokratiegeschichte“. Der Bundestag habe im Juni 2021 die Errichtung der „Stiftung Orte deutscher Demokratiegeschichte“ beschlossen, die Bedeutung der Paulskirche und anderer Orte der Demokratiegeschichte tiefer im Bewusstsein der Deutschen zu verankern, führte Schieder an.

In diesem Sinne argumentierte auch Yvonne Magwas (CDU). Die von den rund 800 Abgeordneten der Paulskirchenversammlung erarbeitete Verfassung sei ein „Dokument des Fortschritts“ gewesen und die deutsche Geschichte wäre wohl besser verlaufen, wenn „die Saat von Freiheit und Parlamentarismus seinerzeit unmittelbar aufgegangen wäre“. Deshalb sei es paradox, dass die Nationalversammlung und die Paulskirchenverfassung lange

Zeit „ein Schattendasein gefristet“ hätten in Deutschland. Das bekannteste Zitat über die Paulskirche stamme vom amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, der sie als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnet habe. Leider habe die vor zwei Jahren gegründete „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ einen „Starterstart“ hingelegt. „Zum Arbeiten ist sie bis heute noch immer nicht gekommen. Das muss sich dringend und schnellstens ändern“, forderte Magwas. In der Revolution von 1848/49 und in der Paulskirche sei um Einheit und Freiheit gegangen worden, führte Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) aus. In der heutigen modernen Einwanderungsgesellschaft müssten aber mehr Menschen als vor 175 Jahren „unterschiedlicher Herkunft, Kulturen, Religionen, Erfahrungen und Biografien“ Teil dieser Einheit sein. Und zur Freiheit des Wortes, der Presse und der Kunst gehöre heute auch „die Freiheit von Minderheiten, die Freiheit von sexuellen Identitäten“, befand Roth. Für ihre Amt bedeutete dies, „einem Kulturbegriff zu folgen, der nicht hierarchisch unterteilt zwischen Hochkultur und Popkultur, nicht in Metropole und Provinz, sondern Kultur breit und in der Fläche unterstützt“. Der Traum von der Freiheit sei 1848 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa geträumt worden, führte Roth wei-

ter aus. Er gehöre zur DNA Europas. „Das wissen auch die Gegner Europas ganz genau, allen voran Wladimir Putin. Gegen sie gilt es den Traum von Freiheit zu verteidigen und die Ukraine zu unterstützen – für ihre und auch für unsere Freiheit.“

»Glühende Patrioten« Der AfD-Abgeordnete Götz Frömming betonte, alle Abgeordnete „von links bis rechts“ der Nationalversammlung von 1848 seien „glühende Patrioten“ gewesen. Dies könne man „leider über dieses Parlament, von ganz links bis über die Mitte hinaus, nicht mehr sagen“, monierte Frömming. Abgeordnete der Paulskirche wie der Dichter Ernst Moritz Arndt oder der Turnvater Jahn würden im wiedervereinigten Deutschland „vom Sockel gestofen, die nach ihnen benannten Plätze und Einrichtungen umbenannt, weil sie den politisch korrekten Vorstellungen heutiger Superdemokraten nicht mehr genügen“. Dem Liberalen Heinrich von Gagern wäre heute für sein Zitat zur Aufgabenbeschreibung der Nationalversammlung „ein Eintrag im Bericht des Verfassungsschutzes sicher“, führte Frömming an.

Der FDP-Parlamentarier Thomas Hacker hielt Frömming entgegen, dem „großen Liberalen Heinrich von Gagern“ stehe es zu, auch von einem Liberalen zitiert zu werden. Die Überzeugungen der Einheits- und Freiheitsbewegung von 1848/49, „ihr tiefer

Glaube an die Grundrechte, an die Versammlungs- und Pressefreiheit“ hätten ihren Weg über die Weimarer Verfassung bis ins Grundgesetz der Bundesrepublik gefunden. Die Frankfurter Paulskirche sei der „Kristallisationskern unserer deutschen Demokratiegeschichte“. Sie sei ein Symbol für die Stärke und Widerstandsfähigkeit der deutschen Demokratie und mahne, dass sie „vor denen geschützt werden muss, die sie mit Füßen treten“, führte Hacker aus und wies dabei deutlich sichtbar mit der Hand Richtung AfD-Fraktion.

Janine Wissler (Linke) verwies darauf, dass die Nationalversammlung zwar „ein Fortschritt“ gewesen sei, „aber eben nicht gleichermaßen für alle Teile der Gesellschaft“. Wahlberechtigt zur Nationalversammlung seien lediglich männliche, volljährige und selbstständige Staatsangehörige gewesen, „was auch viele ärmere Männer praktisch ausschloss“. Noch höher sei die Hürde für eine Kandidatur gewesen, nur ein Prozent der Abgeordneten sei aus der sogenannten „unterbürgerlichen Schicht“ gekommen, „darunter kein einziger Arbeiter“. Die starke Fokussierung der Erinnerungspolitik auf die Nationalversammlung verstelle „den Blick auf revolutionäre Frauen und ärmere Teile der Bevölkerung, die die Revolution mittragen“, monierte Wissler. Ohne die Märzrevolution von 1848 wäre die Nationalversammlung aber nicht zustande gekommen. Alexander Weinlein ||

Handwerksbetriebe unter Druck

BILDUNG AfD fordert kostenlose Meisterlehrgänge und finanzielle Prämien

Seit Jahrzehnten werde es immer unattraktiver, einen eigenen Handwerksbetrieb zu gründen, sagte Tino Chrupalla (AfD) während einer Debatte zur akademischen und beruflichen Bildung vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag. Besonders für kleine und mittelständige Unternehmen hätte sich die Lage verschlechtert, kritisierte der Maler- und Lackiermeister Chrupalla. Durch jedes Unternehmen, was schließen müsse, gehe Wissen und Tradition verloren. Grundlage der Debatte war ein Antrag seiner Fraktion (20/6611). Darin fordert die AfD, dass Meisterfortbildungen künftig kostenfrei sein sollen und alle Meisterabsolventen eine finanzielle Prämie erhalten.

traktiver werde die berufliche Bildung durch faire Löhne, höhere Ausbildungsgehälter und bessere Arbeitsbedingungen.

Mehr Durchlässigkeit Es brauche dringend gesetzliche Regelungen zur Vergleichbarkeit von Ausbildung und Studium, forderte Grünen-Politikerin Nina Stahr. Das System müsse insgesamt durchlässiger werden, damit einem Menschen auch im späteren Leben noch alle Türen offen stehen, unabhängig davon, ob er studiert oder seine

Ausbildung absolviert habe: „Das Einschlagen des einen Ausbildungsweges darf keine Festlegung für das gesamte Leben sein“, sagte Stahr.

Da akademische und berufliche Bildung „zwei Seiten derselben Medaille“ seien, müsse die Gleichwertigkeit der Abschlüsse rechtlich verankert werden, forderte Stephan Albani (CDU). Dies könne durch eine Überarbeitung des Deutschen Qualifikationsrahmens sichergestellt werden. Auch Wiebke Esdar (SPD) mahnte, dass akademische und berufliche Bildung „nicht gegeneinander ausgespielt werden“ dürfe. Einen „Knackpunkt“ für die Stärkung der beruflichen Bildung sieht Esdar darin, junge Menschen, die „eben keine Hochschulreife haben“, in eine Ausbildung zu bekommen. Dort sei der „Unterstützungsbedarf“ am größten.

Verantwortung der Länder FDP-Politiker Friedhelm Boginski sagte, dass sich auch die Länder im Bereich der beruflichen Bildung nicht ihrer Verantwortung entziehen dürften. Diese müssten „die Modernisierung und Digitalisierung der Berufsschulen mit einem Sonderprogramm angehen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung federführend an den Bildungsausschuss überwiesen. des ||



Viele Traditionsunternehmen wie Bäckereien plagen Nachwuchsprobleme.

Bessere Rahmenbedingungen Für Nicole Gohlke (Die Linke) macht die AfD in dem Antrag zwei entscheidende Fehler. Zum einen kritisierte Gohlke die „andauernden Seitenhiebe auf die akademische Bildung“. Die „Akademisierung“ sei nicht Ursache des Fachkräftemangels. Vielmehr liege das Problem darin, dass junge Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hätten. Zum anderen lässt der Antrag laut Gohlke „die Interessen und Lebenslagen der jungen Menschen“ außen vor, die man für eine berufliche Bildung gewinnen will. At-

Hinweisgeberschutz mit Verspätung

RECHT Umsetzung der EU-Richtlinie eineinhalb Jahre nach Fristablauf

Rund eineinhalb Jahre nach Verstreichen der Frist haben Bundestag und Bundesrat vergangene Woche den Weg für die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern bereitet. Nachdem der Vermittlungsausschuss Anfang der Woche eine Einigung verkündet hatte, pasierte ein entsprechend geänderter Gesetzesentwurf der Bundesregierung am Donnerstag das Parlament und am Freitag die Länderkammer (20/3442, 20/4909, 20/6700). Wesentlich Kern des Entwurfs ist ein neues Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG). Danach sollen in Unternehmen und Behörden mit mehr als 50 Mitarbeitenden interne Meldestellen eingerichtet werden, bei denen hinweisgebende Personen, auch bekannt als Whistleblower, Hinweise auf bestimmte Verstöße gegen EU- und deutsches Recht melden können. Gegen Repressalien sollen die Whistleblower dabei geschützt sein. Das Gesetz legt Details zu der genauen Ausgestaltung der Meldestellen vor und sieht auch externe Meldestellen als Alternativen vor.

Lange Vorgeschichte Der Gesetzgebungsprozess zog sich hin. Intensiv debattiert wurde das richtige Verhältnis zwischen Schutz für hinweisgebende Personen, dem sachlichen Anwendungsbereich sowie der

Belastung der Unternehmen. Der Großen Koalition war es seinerzeit nicht gelungen, sich auf einen Regierungsentwurf zu einigen. Die Ende 2021 ins Amt gekommene Ampel-Regierung fand alsbald einen blauen Brief aus Brüssel im Postkasten, die EU-Kommission drang auf Umsetzung. Ende Juli vergangenen Jahres legte die Bundesregierung dann einen Entwurf vor, der – mit diversen Änderungen – den Bundestag im Dezember passierte. Doch schon damals deutete sich an, dass das zustimmungspflichtige Gesetz im Bundesrat mangels Mehrheit scheitern könnte, die Union hielt wenig vom Ampel-Entwurf.

So kam es auch. Im Februar versagte die Länderkammer dem Entwurf die Zustimmung. Wenige Tage später erhöhte die EU-Kommission den Druck und reichte Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland und sieben weitere Mitgliedsstaaten ein, es drohen daher trotz nun erfolgter Umsetzung noch empfindliche Strafzahlungen. Die Koalition griff dann in die gesetzgeberische Trickkiste und machte Mitte März aus einem Gesetzentwurf zwei Entwürfe. Wesentliche Teile wären damit im Bundesrat nicht mehr zustimmungspflichtig gewesen. Die Union meldete verfassungsrechtliche Zweifel an, drang auf den Vermittlungsausschuss. Im Hintergrund ver-

suchten die Rechtspolitiker im Bundestag noch gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Zunächst ohne Erfolg, wie es schien, doch dann wurde Ende März die finale Abstimmung über die geteilten Entwürfe wenige Stunden vorher von der Tagesordnung abgesetzt, einige Tage später rief die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss an.

Anonyme Meldungen Die nun gefundene Einigung sieht unter anderem Änderungen beim Umgang mit anonymen Meldungen vor. Die vom Bundestag ursprünglich beschlossene Fassung sah vor, dass interne und externe Meldestellen ihre Meldekanäle auch für anonyme Meldungen hätten ausstellen müssen. Diese Verpflichtung entfällt nun, die Meldestellen sollen anonyme Meldungen aber bearbeiten. Zudem sieht der Entwurf nun vor, dass hinweisgebende Personen interne Meldestellen zu bevorzugen haben, wenn ihnen keine Repressalien drohen und intern wirksam gegen den Verstoß vorgegangen werden kann. Auch wird klar gefasst, dass sich ein gemeldeter Verstoß auf berufliche, unternehmerische oder dienstliche Tätigkeiten beziehen muss.

Im Bundestag stimmten der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses SPD, Grünen, FDP und Union zu. Die AfD votierte mit Nein, die Linke enthielt sich. scr ||

KURZ REZENSiert

Sven Hölscheidt:

Parlamentslexikon. Abgeordnete bis Zwischenruf – juristisch und kompakt.

NDV, Rheinbreitbach 2023, 172 S., 16,80 €

Kompakte und fundierte Erklärungen – das ist es, was man von Lexika und Nachschlagewerken erwartet. Wer zu Sven Hölscheidts „Parlamentslexikon“ greift, bekommt auch genau dies geboten. Von A wie Abgeordneter bis Z wie Zwischenruf schlägt Hölscheidt einen Weg durch das Dickicht parlamentarischer Begrifflichkeiten, erläutert die Regelungen des Grundgesetzes, der Geschäftsordnung des Bundestages und anderer Gesetzesvorgaben, denen die parlamentarische Praxis unterworfen ist. Auch auf Besonderheiten der Länderparlamente und des Europäischen Parlaments wird eingegangen. Hölscheidt weiß aus der Praxis, über was er schreibt: Rund vier Jahrzehnte war der Jurist in der Verwaltung des Bundestages tätig.

Für ein Nachschlagewerk eher ungewöhnlich, zeigt sich Hölscheidt mitunter erstaunlich meinungsfreudig: So weist er nicht nur darauf hin, dass die wiederholte Einsetzung eines Hauptausschusses nach den vergangenen drei Bundestagswahlen statt der im Grundgesetz vorgesehenen Pflichtausschüsse nach überwiegender Auffassung „verfassungswidrig“ sei, sondern bezeichnet dies schlichtweg als „Arbeitsverweigerung“ des Bundestages.

Beim Eintrag zum Alterspräsidenten hingegen übt er sich in Zurückhaltung. So sei die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, mit der der an Lebensjahren älteste Abgeordnete durch den Abgeordneten mit der längsten Parlamentszugehörigkeit ersetzt wurde, erfolgt, um einen „politisch unliebsamen“ Abgeordneten in dieser Funktion zu verhindern. Dass es im konkreten Fall um einen AfD-Abgeordneten ging, schreibt Hölscheidt nicht.

Dem Amt der Wehrbeauftragten wiederum bescheinigt er, dass dessen Verwaltungsapparat angesichts der „überschaubaren Aufgaben“ im Vergleich zu dem des Petitionsausschusses „sehr üppig“ sei. Insider mögen solche feinen Kritikpunkte zum Schmunzeln bringen, den Laien aber lassen solche Anmerkungen ein wenig ratlos zurück. awll

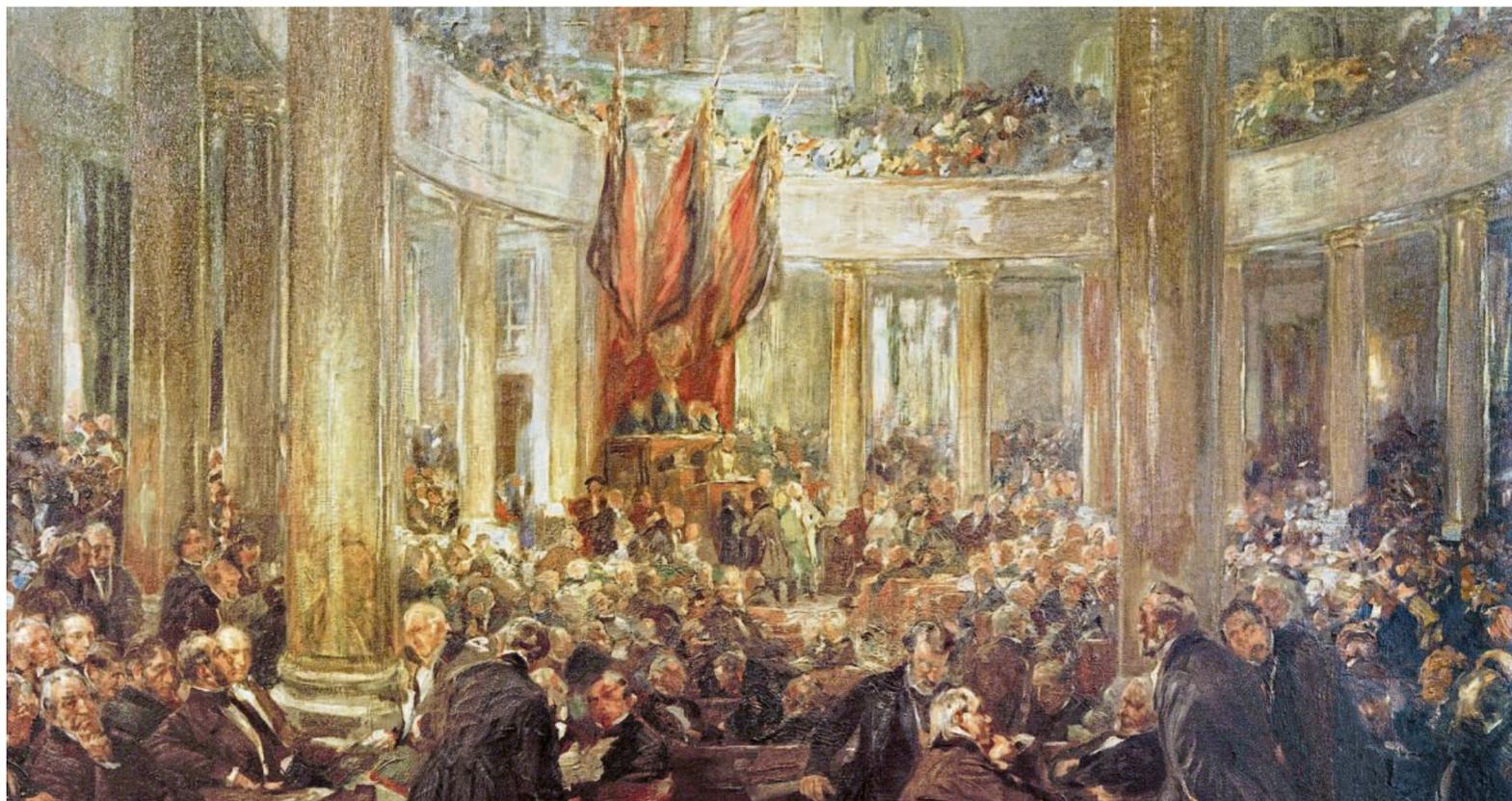
Christopher Blattman:

Warum wir Kriege führen. Und wie wir sie beenden können.

Ch. Links Verlag, Berlin 2023; 536 S., 26,00 €

Fünf Gründe führt der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Christopher Blattman von der Universität Chicago an, um die Frage seines Buches „Warum wir Kriege führen“ zu beantworten. Zu ihnen gehören autoritäre Herrscher, die weder vor hohen Opfern noch immensen Sachkosten zurückschrecken und keiner Kontrolle unterliegen. Als zweiten Grund nennt er „immaterielle Anreize“: Die Anwendung von Gewalt werde als einziger Weg angesehen, um „gerechte Ziele“, wie die Ehre Gottes, Freiheit oder Rache, durchzusetzen. Auch „Ungewissheit“ über die Absichten des Feindes könnten zum Krieg führen, der Angriff somit „manchmal die beste Strategie“ sein, selbst wenn das Kämpfen Nachteile mit sich bringt. Auch das sogenannte „Selbstbindungsproblem“ könne zum Krieg führen: Eine Partei schlägt präventiv zu, solange sie glaubt, stark genug zu sein. Und schließlich seien „Wahrnehmungsfehler“, die eine Kompromissfindung verhindern, der fünfte Grund, um einen Krieg zu beginnen: Hier wird unterstellt, dass die andere Partei „genauso denkt wie wir“.

In seinem interessanten Buch nimmt Blattman seine Leser mit zu seinen Feldforschungen in Afrika und Lateinamerika, zu ehemaligen Gangmitgliedern in Chicago oder zu Bandenkriegern in Medellín. Dort habe sich gezeigt, dass Kriminelle ebenso wie Staatsoberhäupter eher geneigt seien, sich auf Kompromisse einzulassen, anstatt sich gegenseitig zu vernichten. Daraus leitet Blattman hoffnungsvolle, wenn auch nicht immer überzeugende Schlüsse ab. „Der Kompromiss ist die Regel“, meint er. „Auch ganze Länder beschwichtigen lieber, als Krieg zu führen“. Dieser Annahme steht entgegen, dass es selbst nach dem Zweiten Weltkrieg zu zahlreichen blutigen Kriegen kam. Auch die Aggression Russlands gegen die Ukraine widerlegt eine der wichtigsten Thesen des Autors, wonach „selbst die erbittertesten Rivalen im Zweifel für den Frieden sind“. manu



Sitzung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Gemälde von Ferdinand Brütt aus dem Jahr 1906.

© picture-alliance/akg-images

Wiege unserer Demokratie

1848/49 Ein »Werkstattbesuch« in der Paulskirche über die Anfänge deutscher Parlamentsgeschichte

Die Nationalversammlung, die am 18. Mai 1848, vor 175 Jahren, in der Frankfurter Paulskirche zusammenkam, war die erste gesamtdeutsche Volksvertretung, frei gewählt von »selbständigen« Männern nach allgemeinem und gleichem Mehrheitswahlrecht. Zwei Monate nach den Märzauftständen, die den herrschenden Fürsten Zugeständnisse abtrotzten, sollte sie Hoffnungen auf Freiheitsrechte, Teilhabe und nationale Einheit Wirklichkeit werden lassen. Sie installierte eine »provisorische Zentralgewalt«, beschloss die »Grundrechte des Deutschen Volkes« und die »Verfassung des Deutschen Reiches« für eine konstitutionelle Monarchie mit Preußens König als (Erb-)Kaiser und einem demokratisch zu wählendem Parlament.

Gemischte Bilanz Gemessen an den Erwartungen vor 175 Jahren, muss sich die Paulskirche Scheitern auf der ganzen Linie attestieren lassen. Die Restauration gewann wieder Oberhand; Preußens Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Kaiserkrone als »Reiß aus Dreck und Letten« ab, der Traum vom Nationalstaat platzte. Die Nationalversammlung löste sich auf; Militär trieb in Stuttgart ihren Rest auseinander, warf Aufständische nieder. Verfolgung, Prozesse, Hinrichtungen oder Exil besorgten den Rest. Die »Frankfurter Reichsverfassung«

mit dem darin enthaltenen Grundrechtekatalog trat nie in Kraft. Gemessen am Stand nach 175 Jahren, darf sich die Paulskirche mit John F. Kennedy als »Wiege der deutschen Demokratie« betrachten. Für den Nationalstaat sollte Bismarck 1871 mit der Reichsgründung von oben sorgen, doch die Saat von 1848/49 wirkte weiter und überdauerte sein Kaiserreich und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft samt zweier Weltkriege: In der Paulskirchenverfassung verankerte Prinzipien wie Demokratie und Gewaltenteilung prägten 1919 die Konstitution von Weimar und bestimmten seit 1949 das Grundgesetz, und im parlamentarischen Alltag finden sich noch heute nicht nur Spuren der Paulskirchenarbeit – nicht ohne Grund hat der Heidelberger Historiker Frank Engehausen sein zum Jubiläum erschienen Werk über die Frankfurter Nationalversammlung »Werkstatt der Demokratie« betitelt.

Innenleben Dabei konzentriert sich der Professor für Neuere Geschichte mit einem Arbeitsschwerpunkt auf 1848/49 ganz auf das Frankfurter Parlament. Andere Zentrale Ereignisse wie der Konflikt um Schleswig-

Holstein werden »nur in ihren Rückwirkungen auf die Arbeit in der Paulskirche skizziert«, wie es in der Einleitung heißt, oder lediglich am Rande gestreift, oder lediglich am Rande gestreift wie die diversen Aufstände und ihre Niederschlagung. Das erschwert Unkundigeren bisweilen die Übersicht, gibt dem Einblick in das parlamentarische Innenleben aber mehr Tiefenscharfe – Teleskop statt Weitwinkel. Diesem Innenleben widmet Engehausen gut die Hälfte des 319 Seiten umfassenden Buches (ohne Anhang, der auch den damals beschlossenen Grundrechtekatalog enthält). Hier behandelt er nicht nur die engere Vorgeschichte der Versammlung, sondern auch eine Vielzahl oft eher marginal behandelte Fragen, etwa von der Wahl Frankfurts und der Paulskirche als Tagungsort bis hin zur Sitzanordnung der Abgeordneten und zum Jubiläum oder dem Wechsel in ein Ausweichquartier während der erforderlichen Heizungsinstallation. Der Wahl und Zusammensetzung der 587 Parlamentarier – 809 mit Nachrückern und Nachgewählten – sowie den beginnenden Fraktionsbildungen und ihrem Kräfteverhältnis ist ebenso ein Kapitel gewidmet wie den »Abläufen der Parlamentsarbeit« ein-

schließlich der Fülle gewichtiger Petitionen und sonstiger Papiere oder der Bedeutung der Stenographen. Weitere Kapitel gelten dem »Parlament und seinen Regierungen« der »Zentralgewalt« sowie dem vielschichtigen Verhältnis von Nationalversammlung und Öffentlichkeit. Der zweite Teil des Werkes richtet den Blick auf die in der »Werkstatt der Demokratie« getroffenen Entscheidungen. Dem selbst gesetzten Anspruch, dabei die »Errungenschaften der Paulskirchenverfassung wie das demokratische Männerwahlrecht, die Gewaltenteilung als Mittel zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit oder der Grundrechtskatalog« zu würdigen und zugleich nur mäßig bewältigte Herausforderungen wie den Umgang mit nationalen Minderheiten kritisch zu beleuchten, wird Engehausen nicht weniger gerecht als beim gelungenen Bemühen im ersten Abschnitt, die Entwicklung parlamentarischer Praxis der Paulskirche lebendig nachzuzeichnen.

Authentisch Das liegt nicht zuletzt an den zahl- und umfangreichen zeitgenössischen Zitaten, die er oft den Stenographischen Plenarprotokollen entnommen hat und so dem Leser einen authentisch anmutenden Eindruck von damaligen Debatten und ihren Protagonisten vermittelt. Der mag bei der Lektüre manch lehrhaftem Déjà-vu begegnen; das reicht von der satirischen Kunstfigur des »Herrn Piepmeyer«, einer

Art Vorfahr des fiktiven Bundestagsabgeordneten Jakob-Maria Mierscheid, über die sich entwickelnde Fraktionsdisziplin oder die Einführung einer Bannmeile als Folge einer versuchten Stürmung des Hohen Hauses durch Demonstranten bis hin zur parlamentarisch so wichtigen Kunst des Kompromisses. Zahlreiche Abbildungen, vor allem Abgeordneten-Porträts und zeitgenössische Karikaturen, lassen das damalige Geschehen ebenfalls näher rücken. Unterm Strich legt Engehausen detail-reiches Buch nicht nur Wurzeln und auch Wesenszüge unseres Parlamentarismus frei, sondern vermittelt auch etwas von der Aktualität seiner Anfänge. Das ist beileibe kein geringer Beitrag zum Jubiläum einer Institution, deren – nicht nur traditionsstiftende – Bedeutung für die deutsche Demokratiegeschichte oft eher zu wenig gewürdigt wird. Helmut Stoltenberg

Das Buch legt Wurzeln und auch Wesenszüge des Parlamentarismus frei.

Frank Engehausen:
Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49
 Campus Verlag, Frankfurt/M. 2023; 355 S., 34,00 €

Zurück in die bipolare Welt des Kalten Krieges

RUSSISCH-UKRAINISCHER KRIEG Serhii Plokyh prognostiziert das Scheitern Putins und den Beginn einer neuen Weltordnung

Der renommierte ukrainisch-amerikanische Historiker Serhii Plokyh ordnet den russisch-ukrainischen Krieg in seinem neuen Buch »Der Angriff« in die lange Historie nationaler Befreiungskriege ein. Die Konstante aller dieser Kriege sei gewesen, dass sie stets den Abstieg und den Zerfall von Imperien begleitet hätten: »Wir wissen, wie diese Kriege endeten – mit der politischen Souveränität ehemaliger Kolonien«, betont der Harvard-Professor. Dies darf getrost als Prophezeiung über den Ausgang des blutigen Konflikts gelesen werden. Die russische Invasion habe den Glauben endgültig zerstört, Ukrainer und Russen seien »verbrüderte Völker oder gar ein und dasselbe Volk«. Russlands Präsident Vladimir Putin hatte dieses Narrativ verbreitet. Da das ursprüngliche Kriegsziel Putins, die vollständige Kontrolle über die Ukraine zu erringen, gescheitert sei, ginge es ihm nun darum, Russlands Grenzen möglichst weit nach Westen zu verschieben. In seinem empfehlenswerten Buch beschreibt Plokyh die Vorgeschichte des Krieges, seinen Verlauf seit Februar 2022, den Exodus von über zehn Millionen Flüchtlingen, die Verteidigung Kiews und des Donbass und die ukrainischen Gegenoffensiven. Russlands Krieg gegen die Ukraine habe die USA zurück nach Europa geholt,

Washington habe erneut die Führung »im Freiheitskampf gegen einen alten Feind« übernommen. Der »Westen als Ganzes« unterstütze Kiew militärisch und finanziell, zeige sich solidarisch bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und verhängte Sanktionen gegen Russland. All dies deute auf »eine Wiederbelebung der Allianz aus der Ära des Kalten Krieges hin«, analysiert

»Wir wissen, wie diese Kriege endeten – mit der politischen Souveränität ehemaliger Kolonien.«
 Serhii Plokyh

Plokyh. Die Biden-Regierung sei entschlossen, »Russland als Gefahr für den Frieden nicht nur in der Ukraine, sondern in aller Welt auszuschalten, seine Niederlage im gegenwärtigen Krieg sicherzustellen und es so zu schwächen, dass es möglichst keine weiteren Kriege mehr führen« könne. Der Historiker zitiert Verteidigungsminister Lloyd Austin, der zwei Monate nach dem Angriff in Kiew erklärt hatte: »Wir glauben,

dass wir siegen können«. Austin versprach, »weiterhin Himmel und Erde in Bewegung zu setzen und der Ukraine bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu helfen«. Die Anzahl der Staaten, die Kiew Waffen liefern, zähle mehr als 50 Mitglieder. Nicht nur der Widerstandswille der Ukraine, sondern auch die »einheitliche Reaktion des Westens« habe Putin überrascht.

Ausführlich analysiert Plokyh die deutsche Russland-Politik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD): »Russlands Einmarsch war ein schwerer Schlag« für die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau ausgerichtete Politik Berlins. Merkel habe das Minsker Abkommen im Februar 2015 ausgehandelt und eine »wichtige Rolle bei der Verhängung und Aufrechterhaltung« von Sanktionen gegen Moskau nach Putins Annexion der Krim gespielt. Merkels Russland-Politik sei vor dem Februar 2022 noch als »klug« bewertet, nach dem Angriffskrieg hingegen »als Beschwichtigung eines Aggressors« kritisiert worden. Kritisch sieht Plokyh den Besuch von Bundeskanzler Scholz bei Putin: Ziel sei es gewesen, den Kreml-Herrscher von seinen Kriegsplänen abzubringen, »indem er ihm

versicherte, die Ukraine werde in den nächsten 30 Jahren garantiert nicht in die Nato aufgenommen«. Plokyh betont: Scholz wollte sich »zuerst als Friedensstifter« darstellen, »als potenzieller Vermittler bei künftigen Friedensgesprächen statt als kompromissloser Unterstützer der Ukraine«.

Deutsche Schuldgefühle Gleichwohl hätten die USA und der ukrainische Präsident Selenskyj den Druck auf Berlin aufrechterhalten, um deutsche Waffenlieferungen zu ermöglichen. Der Historiker vermutet historische, psychologische und wirtschaftliche Gründe für die »Hinhaltetaktik« und das »Lavier« des Kanzlers: »Seit dem Zweiten Weltkrieg hegten die Deutschen Schuldgefühle wegen ihrer Kriegsverbrechen an den »Russ«n, obwohl Hitlers Krieg im Osten in erster Linie gegen Ukrainer und Belarussen auf deren Gebiet geführt worden war.« Berlin habe nicht noch einmal etwas tun wollen, was »als Aggression gegen Russland« ausgelegt werden kann. Zugleich hätten auch die Gaslieferungen aus Russland, die 55 Prozent des deutschen Bedarfs deckten, eine wichtige Rolle gespielt. Nach Plokyhs Einschätzung wird »Putins Krieg« nicht als regionaler Konflikt in die

Geschichte eingehen, sondern als Beginn einer neuen Weltordnung. Unter enorm hohen Kosten und mit einem gewaltigen Blutzoll werde die Ukraine nicht nur die Ära der russischen Dominanz in Osteuropa beenden, prognostiziert der Historiker. Putins Aggression habe sein Streben nach einer »multipolaren Weltordnung« zurück in die bipolare Welt des Kalten Krieges kaputtgeführt. Dem vereinten Westen unter Führung der USA, verstärkt durch die osteuropäischen Nato-Partner, stehe zukünftig China gegenüber. Moskau werde auf die Stufe eines armen, unberechenbaren chinesischen Bündnispartners zurückfallen, während die Ukraine Deutschlands frühere Rolle im neuen Kalten Krieg übernehme. Aschot Manutscharjan

Serhii Plokyh:
Der Angriff. Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die Welt.
 Hoffmann und Campe, Hamburg 2023; 496 S., 26,00 €

Wir haben einen Deal.“ Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell wirkte sichtlich erleichtert, als er Mitte März im nordmazedonischen Ohrid vor die Journalisten trat. Nach zwölfstündiger Marathonsitzung hätten Serbien und Kosovo eine Einigung über die Umsetzung eines Abkommens zur Normalisierung ihrer Beziehungen zugestimmt, erklärte er. Schon im Februar hatten Serbiens Präsident Aleksandar Vucic und der kosovarische Ministerpräsident Albin Kurti unter EU-Vermittlung um ein neues Abkommen gerungen, das die Beziehungen zwischen den beiden verfeindeten Balkanstaaten grundlegend regeln soll. Im Kern sieht es vor, dass Serbien de facto die Unabhängigkeit des Kosovos anerkennt und ihm die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie etwa in den Vereinten Nationen (VN) erlaubt. Als Gegenleistung erhält die serbische Minderheit im Kosovo Autonomie und Selbstverwaltung. Näher seien die beiden verfeindeten Nachbarstaaten einer Lösung noch nie gekommen, urteilen Experten. Doch die Euphorie ist inzwischen verflogen: Das Abkommen wurde von den Streitparteien nicht unterzeichnet. Zwar beeilte sich Borrell zu versichern, die Einigung sei völkerrechtlich auch ohne Unterschriften gültig. Aber vor allem die Umsetzung der Vereinbarungen ist offen.

Dauerkonflikt Wie schwer es ist, den Konflikt zu befrieden, zeigt ein Blick in die Geschichte. Die historischen Wurzeln der heutigen Auseinandersetzungen reichen weit zurück: Über Jahrhunderte war Kosovo ein Teil des Osmanischen Reiches. Nach dessen Zusammenbruch kam es 1912 zu Serbien, obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung Albaner war. Seit Anfang der 1980er Jahre versuchte diese Mehrheit, sich abzuspalten. Auf Angriffe von albanischen Freischärlern antwortete Serbien Ende der 1990er Jahre mit der Vertreibung von bis zu 800.000 Kosovo-Albanern. Nato-Bomben zwangen 1999 serbische Truppen zum Rückzug aus dem Kosovo.

Im Jahr 2008 verkündete das offiziell seine völkerrechtliche Unabhängigkeit. Mehr als 110 Staaten haben diese anerkannt – nicht aber Russland und China, die als VN-Vetomächte Serbien unterstützen. Auch die EU-Mitglieder Spanien, Griechenland, Zypern, die Slowakei und Rumänien verweigern wegen offener Minderheitenfragen im eigenen Land die Anerkennung Kosovos. Schon gar nicht akzeptiert Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo und gibt nicht auf, die frühere Provinz wieder in sein Staatsgebiet einzugliedern.

Und so führte die von der EU vermittelte Einigung zwischen Serbiens Präsident Aleksandar Vucic und dem kosovarischen Ministerpräsidenten Albin Kurti im März prompt zu Protesten in der serbischen Hauptstadt Belgrad. Zuvor hatten im Januar zahlreiche nationalistische Gruppen und Parteien einen Appell „zur Rettung des Kosovos“ unterzeichnet. „Mehr als 80 Prozent der Bürger“ seien gegen die Abspaltung.

Verhandlungsinitiative Der Serbien-Kosovo-Konflikt galt lange als eingefroren, auch wenn regelmäßiger Gewalt durch Provokationen aufflackerte. Doch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Lage verändert: Aus Sorge, Präsident Wladimir Putin könne versuchen, den Konflikt für sich zu nutzen, starteten zunächst der französische Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im vergangenen Jahr eine neue Vermittlungsinitiative. Tatsächlich betrachtet Putin den Krisenherd als Blaupause für seinen An-

Pulverfass Nordkosovo

WESTBALKAN Ein unter EU-Vermittlung ausgehandeltes Abkommen soll den Serbien-Kosovo-Konflikt endlich entschärfen. Doch die Beteiligten sträuben sich



Protest in Belgrad: Serbische Nationalisten demonstrieren im März dieses Jahres gegen ein von der EU vermitteltes Abkommen, das die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo normalisieren soll. © picture-alliance/AA/Milos Miskov

griffkrieg gegen die Ukraine. So wie der Westen zugelassen habe, dass sich die Kosovo-Albaner von Serbien trennten, müsse dieser akzeptieren, dass Russland sich „seiner“ Gebiete wie die Halbinsel Krim oder die Ost-Ukraine zurückhole. Wie die USA und die EU das Eingreifen der Nato gegen Serbien 1999 mit einem drohenden Völkermord an den Kosovo-Albanern begründet hätten, könne Moskau auch im Fall der Ukraine argumentieren. Für den von Russland behaupteten Genozid an Landsleuten in der Ostukraine konnten allerdings nie Beweise vorgelegt werden.

Widerstand der Kontrahenten Die Verhandlungsinitiative tritt nun auf der Stelle. Die Kontrahenten spielen weiterhin nicht mit. „Es gibt weder Verhandlungen über eine gegenseitige Anerkennung noch über eine UN-Mitgliedschaft Kosovos“, beschrieb Vucic seine roten Linien im Februar. Kurti verwarf den EU-Vorschlag für einen „Verband serbischer Kommunen“, der die Selbstverwaltung der Minderheit vor allem

im Norden Kosovos ermöglichen sollte. „Ich bin mit dem Entwurf grundsätzlich nicht einverstanden“, versicherte er immer wieder. Dieser führe zu einer Lage wie in Bosnien-Herzegowina, wo die Serben seit langem mit der Abspaltung ihres Landes drohen. Durch die jüngsten Schachzüge beider Seiten hat sich die Lage noch mehr verkompliziert: Die Serben verließen alle Kosovo-Institutionen wie Parlament, Justiz, Kommunalverwaltung und Polizei. Damit wollten sie gegen die Gewalt kosovarischer Polizisten gegen Serben protestieren. Als Antwort hat der Kosovo im April Kommunalwahlen organisiert, die von den Serben boykottiert wurden. Gleichzeitig hat die Regierung die Enteignung von privatem serbischem Grund und Boden angekündigt, um mitten im Wohngebiet der serbischen Minderheit weitere Stützpunkte der Sonderpolizei einzurichten. Statt politischen Sprengstoff zu entschärfen, wird die Lage so noch stärker angeheizt. Anfang Mai warnte der EU-Außen-

beauftragte Borrell vor einer erneuten Zuspitzung des Konflikts. Eine Gefahr, die auch die Bundesregierung sieht: Angesichts des „Eskalationspotenzials“ im Nordkosovo sei die Beteiligung der Bundeswehr an der KFOR-Schutztruppe weiter erforderlich. In der vergangenen Woche beriet der Bundestag erstmals ihren Antrag, das Mandat um ein weiteres Jahr zu verlängern (siehe Bericht rechts). Seit 1999 sind deutsche Soldaten Teil der Nato-geführten Mission, die seit Ende des Kosovo-Kriegs die Region stabilisieren soll. Der schon jetzt längste Einsatz der Bundeswehr könnte noch länger dauern: Nicht wenige Kritiker behaupten, Vucic und Kurti seien gar nicht an einer Lösung der Dauerkrise interessiert. Mit der Beförderung von Nationalismus und Populismus lasse sich trefflich von der wirtschaftlichen und sozialen Misere großer Teile ihrer Bevölkerung ablenken und die eigene Macht sichern. **Thomas Brey**

Der Autor war langjähriger dpa-Korrespondent für Südosteuropa.

Fortsetzung bei KFOR

BUNDESWEHR Einsatz im Kosovo soll verlängert werden

Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr an der Nato-geführten internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) beteiligen. Vorgesehen ist die Entsendung von unverändert bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten. Über den Antrag der Bundesregierung (20/6654) berieten die Abgeordneten in der vergangenen Woche. Thomas Hitschler (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, sprach von einem Erfolg der 24 Jahre währenden Mission: Aus einer unsicheren Region an der Schwelle zum Bürgerkrieg sei ein Staat mit Zukunft geworden. Eskalationspotential gebe es aber weiterhin, dazu gehörten etwa die Rechte der serbischen Minderheit und die ausbleibende Anerkennung Kosovos durch Serbien. Peter Beyer (CDU) signalisierte für seine Fraktion Zustimmung zum Mandat, lenkte den Blick aber auf die „Blamagen“ der EU: Auch fünf ihrer Mitglieder hätten das Kosovo immer noch nicht anerkannt. Kosovo müsse aber Teil der EU, auch Teil des Europarates werden. „Es ist ein zutiefst europäisches Land“, sagte Beyer. Auch für Boris Mijatovic (Grüne) liegt ein solcher Beitritt „in unser aller Interesse“, der kosovarisch-serbische Konflikt bremse die Entwicklung des gesamten Westbalkans. Mit dem Aufbau sicherer Regeln setze man auch „den Autokraten in Russland und China nachhaltig etwas entgegen“. Nils Gründer (FDP) warnte davor, „sich in die Tasche zu lügen“. Konflikte auf europäischem Boden seien für andere ein willkommenes Mittel: „Es liegt in Putins Interesse, Europa zu spal-

ten.“ Das könne man nicht zulassen. „Deshalb ist es so wichtig, dass wir in diesem Land bleiben.“

Markus Frohnmaier (AfD) sprach indes von einem „Scheitern dieser selbst ernannten Friedensmission“. Die Anerkennung Kosovos durch Deutschland sei ein „Fehler und eine Verletzung der territorialen Integrität Serbiens“ gewesen. Kosovo sei heute „die Schleuse für und das Herkunftsland von Drogen, Zwangsprostitution, Organhandel und Menschenhandel in Europa“. Für Zaklin Nastic (Die Linke) war es der „völkerrechtswidrige Krieg 1999, der das Pulverfass Kosovo überhaupt geschaffen“ habe. Minderheiten wie die Roma und die Serben genossen heute im Kosovo keinen Schutz. „Dazu ist die Bundesregierung bis heute auffällig leise.“

»Ein Beitritt zur Europäischen Union liegt in unser aller Interesse.«

Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bundestag entscheidet voraussichtlich Ende Mai über die Mandatsverlängerung. Zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören laut Bundesregierung neben der Unterstützung zur „Entwicklung einer stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Republik Kosovo“, die Unterstützung des Aufbaus der Kosovo Security Force (KSF) als „demokratisch kontrollierte, multiethnisch geprägte Sicherheitsorganisation und anderer Akteure im Rahmen der Sicherheitssektorreform (SSR) als Vorbereitung der weiteren Einbindung in euro-atlantische Strukturen“. Die KSF werde derzeit umfassend reformiert. Vorgesehen sei, dass sie am Ende eines auf „zehn Jahre angelegten Transitionsprozesses etwa 5.000 aktive militärische Angehörige umfassen soll.“ **aha**

Zu späte Reaktion

AFGHANISTAN Zeuge sagt zum Ortskräfteverfahren aus

Der Oberstleutnant trägt mit fester Stimme vor: Die Kritik daran, wie mit Ortskräften in Afghanistan umgegangen wurde, werde immer beim Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) hängen bleiben. „Das ist unberechtigt“, fügt er hinzu. Jahrelang war er im BMVg für diesen Bereich zuständig. Die vergangene Woche bekam er als Zeuge vor dem 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan die Gelegenheit, seine Version darzulegen. Sein damaliges Referat habe sich ausschließlich mit Ortskräften beschäftigt und diese Aufgabe immer im Austausch mit anderen Ministerien erfüllt, unterstrich er. Doch das BMVg sei immer in der Rolle des Bittstellers gegenüber dem Bundesministerium des Inneren (BMI) und dem Auswärtigen Amt (AA) gewesen. Das BMVg könne per Gesetz nicht allein entscheiden, Ortskräfte nach Deutschland zu holen. BMI und AA hätten die Warnungen des BMVg lange Zeit ignoriert. „Sie waren bis kurz vor dem Fall Kabuls der Meinung, dass das Ortskräfteverfahren (OKV) in seiner damaligen Form ausreichend war“, sagte der Zeuge. Doch das OKV nehme mehrere Jahre in Anspruch, für Krisen sei es ungeeignet. Deshalb habe das BMVg darauf geachtet, zu einem beschleunigten Verfahren überzugehen. Doch erst nach einem

öffentlichen Statement der damaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) habe das BMI nachgegeben. Dass dort die Abteilung Migration fachlich zuständig war, sei ein Problem gewesen.

Anschaulich berichtete der Zeuge, wie die Praxis der Visavergabe das Ausfliegen der Ortskräfte erschwert hat. Die Botschaft in Kabul habe im Sommer 2021 keine Visa mehr erteilt, daher hätten die Betroffenen in Nachbarländer reisen müssen. Dabei habe das BMVg dem AA Amtshilfe geleistet. Bundeswehrpersonal habe die Anträge entgegengenommen. Diese seien mit Militärmaschinen nach Deutschland zum AA gebracht und die ausgestellten Visa wieder zurückgefliegen worden.

Bei der militärischen Evakuierung vom Flughafen Kabul hätte Deutschland mehr Menschen mitnehmen können, zeigte sich der Oberstleutnant überzeugt. Sie hätte nur frühzeitig im April geplant werden müssen. Warum das nicht erfolgte, sei ihm ein Rätsel. „Wenn vier Ressorts sich nicht einigen können, kann grundsätzlich nur eine überstehende Position eine Entscheidung treffen“, sagte er. „Ein Einschreiten des Bundeskanzleramts wäre in dieser Situation wünschenswert gewesen.“ **Cem Sey**

»Wir hätten mehr Menschen aus Kabul mitnehmen können.«

Oberstleutnant im Bundesverteidigungsministerium

Streit um die Benin-Bronzen

KULTUR Koalition verteidigt Rückgabe an Nigeria ohne Auflagen, AfD spricht von »Scheitern der Restitution«

Die Entscheidung des nigerianischen Präsidenten, die aus deutschen Museen zurückgegebenen Benin-Bronzen dem Oba (König) des ehemaligen Königreichs Benin und damit einer Privatperson zu übergeben, hat im Bundestag ein geteiltes Echo ausgelöst. Die AfD-Fraktion sprach am vergangenen Freitag in einer von ihr verlangten Aktuelle Stunde vom „Scheitern der Restitution“. Die Koalitionsfraktionen verteidigten die Entscheidung der Bundesregierung, die Kunstschätze bedingungslos an das Herkunftsland zurückzugeben.

Im vergangenen Jahr waren mehr als 1.000 Artefakte aus deutschen Museen an Nigeria zurückgegeben worden. Die britische Kolonialmacht hatte die Skulpturen und anderen Kunstschätze 1897 erbeutet und nach Europa verbracht, viele gelangten auch nach Deutschland. Die Bundesregierung beteiligt sich finanziell am Bau eines Museums in Nigeria in der Erwartung, dass die zum Weltkulturerbe zählenden Objekte für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Deutschland habe sich vor der Welt blamiert und der Demütigung preisgegeben, schimpfte der AfD-Kulturpolitiker Marc Jongen. Er sah darin zugleich ein Symptom für das Regierungshandeln auf anderen Politikfeldern: die Regierung vertreibe die Wirtschaft und schröpfe die Menschen.

Sein Fraktionskollege Matthias Moosdorf sagte, die Regierung habe vier Millionen Euro für den Museumsbau vergeudet, Kulturstaatsministerin Claudia Roth müsse zurücktreten. Er verlangte, die weitere Ausfuhr von Kunstschätzen zu stoppen. Michelle Müntefering (SPD) erinnerte daran, dass sie bereits in der vergangenen Wahlperiode zusammen mit der damaligen Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) die Restitution der Benin-Bronzen

in die Wege geleitet habe. Mit der Rückgabe gehe es auch darum, koloniales Unrecht zu beheben. Die Rückgabe sei ohne Auflagen erfolgt. In Nigeria werde das deutsche Engagement sehr geschätzt. Für Helge Lindh (SPD) ist die Aktion des nigerianischen Präsidenten eine Demonstration, was es bedeute, „die Kontrolle abzugeben“. Dorothee Bär (CSU) vermisste Selbstkritik bei Müntefering. Die Regierung mache es sich zu leicht, es gehe um die Verantwort-

ung für die Bewahrung des kulturellen Erbes. Die Bronzen seien in der Versenkung verschwunden und im Privatbesitz eines Königs. Damit sei die Restitution missglückt. Das mit deutschen Steuergeldern geförderte Museum werde die Bronzen wohl nie erlücken, mutmaßte Bär. Ansgar Heveling (CDU) nannte die jüngste Entwicklung ein Debakel. Roth und Außenministerin Baerbock habe der Sinn dafür gefehlt, was mit der Rückgabe der Bronzen an Nigeria alles geschehen könnte. Wichtig seien bei der Rückgabe Augenmaß, partnerschaftliche Kooperation und die nötige Zeit.

Für die Grünen erklärte Awet Tesfayesus, an gestohlenem Eigentum könne kein Recht erworben werden. Wer wie die AfD argumentiere, bringe zum Ausdruck, dass man den Nigerianern nicht vertraue, mit wertvoller Kunst umzugehen. Ihr Fraktionskollege Erhard Grundl und der FDP-Abgeordnete Thomas Hacker sprachen von einer „innernigerianischen Angelegenheit“. Das letzte Wort werde wohl die kommende Regierung Nigerias sprechen, sagte Hacker, denn über den Zugang für die Öffentlichkeit sei noch nicht entschieden. Martina Renner (Die Linke) sprach von einem „kolonialrevisionistischen“ der Rechten und nannte die Restitution „richtig und wichtig.“ **Volker Müller**



Übergabe der Bronzen durch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (li) und Außenministerin Annalena Baerbock (M.) im Dezember 2022 in Berlin. © picture alliance/dpa/Annette Riedl

Aus dem Schattendasein

EUROPA Fraktionen wollen Europarat stärken

Der Europarat als führende Menschenrechtsorganisation Europas soll nach dem Willen der Bundestagsfraktionen gestärkt und mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Das machten sie vergangene Woche in einer auf Verlangen der Ampelfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP anberaumten Aktuellen Stunde deutlich. Anlass war das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der inzwischen 74 Jahre alten Institution diese Woche im isländischen Reykjavik. Deutschland gehört dem Europarat seit 50 Jahren an. Frank Schwabe (SPD), der die Wahlbeobachtungsmission des Europarats leitete, sagte, erst nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hätten viele Mitgliedstaaten verstanden, wie wichtig es sei, sich wieder auf die grundlegenden Werte Europas – „Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit“ – zu verständigen. Schließlich gebe es immer mehr Länder, die die Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) ignorierten wie Russland und die Türkei. Schwabe kündigte eine weitere Europaratskonferenz 2024 im Bundestag an. Max Lucks (Bündnis 90/Die Grünen) sagte in Reykjavik müsse auch die Situation in der EU selbstkritisch in den Blick genommen werden. An deren Außengrenzen würden im Umgang mit Flüchtlingen täglich

Grundrechte von Menschen eingeschränkt. Armin Laschet (CDU) nannte die Aufgaben „breiter als den Ukraine-Krieg“. Auch in anderen Regionen Europas sei die Lage instabil. Er sprach sich für mehr Gipfeltreffen der 46 Europaratmitglieder aus, anstatt neue Formate zu schaffen, wie die „Europäische Politische Gemeinschaft“ von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron.

»Keine Politisierung« Für die AfD warf Norbert Kleinwächter den Fraktionen eine Politisierung des Europarates vor. Dieser solle die Bürger vor dem Staat schützen „und nicht den Staat vor den Bürgern“. Dennoch werde er für die Durchsetzung einer „links-ökologischen Agenda“ benutzt. Konstantin Kuhle (FDP) urteilte, Russland habe den Europarat „über Jahre an der Nase herumgeführt“. Es sei höchste Zeit gewesen, das Land 2022 auszuschließen. Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko begrüßte es, dass der Europarat in Reykjavik auch über neue Konventionen debattieren will. Unter anderem soll es in Island um den Umweltschutz als Menschenrecht und eine Konvention zur Künstlichen Intelligenz gehen. „Skandalös“ sei indes, urteilte Hunko, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention noch immer nicht beigetreten sei. **Johanna Metz**



Aus Sorge um die Demokratie drohen Reservisten, wie oben bei einer Protestaktion in Bnei Brak, mit Dienstverweigerung: Angesichts der jüngsten Eskalation im Nahostkonflikt ist das eine ernstzunehmende Warnung. Einer der Wortführer ist Ron Scherf (unten links). Auch Eltern von Kriegsgefallenen (oben rechts) demonstrieren gegen die Pläne der rechts-religiösen Regierung. Unten rechts: Die Faust, das Symbol des Protests, als Mahnmahl mitten in Tel Aviv.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Matan Golan / Uri Schneider (2) und Colin Rosin (1), tele aviv productions

Aufstand der Waffenbrüder

ISRAEL Der Protest der Armee-Reservisten gegen die umstrittene Justizreform trifft den Staat bis ins Mark

Ein verlassener Parkplatz in Tel Aviv im Morgengrauen. Unter dem Kommando von Ron Scherf, einem früheren Oberstleutnant einer israelischen Eliteeinheit, ziehen hunderte Reservisten in eine Protestaktion, die geplant ist wie ein Armeeeinsatz. Bis zum letzten Moment weiß nur eine Handvoll Eingeweihte, wohin es geht. Die Polizei könnte die Aktion stoppen. „Wir marschieren in die Kleinstadt Bnei Brak“, kündigt Scherf an. Den dort lebenden Ultraorthodoxen wollen die Männer ihren Job abtreten: „Ihr habt alle diese Diktatur gewählt, dann verteidigt sie auch.“ Die Diktatur – in den Augen der Reservisten ist das die Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu mit ihren antidemokratischen Gesetzen. In der ultraorthodoxen Hochburg Bnei Brak errichten die Reservisten unter lautem Protest der religiösen Beistehler ein symbolisches Rekrutierungszentrum. Scherf kann sich nur per Megaphon Gehör verschaffen. „Mit der Macht, die Ihr jetzt in der Regierung habt, kommt die Verantwortung, diesen Staat zu verteidigen!“

Ultraorthodoxe Macht Auf Anordnung ihrer Rabbiner haben die ultraorthodoxen Juden des Landes geschlossen für Parteien der Koalition gestimmt. Mit 13 Prozent der Bevölkerung sind sie eine politische Macht, die keine rechte Regierung ignorieren kann. Nur ein Bruchteil von ihnen geht in

die Armee. Die Studierenden der Torah- und Talmudschulen sind vom Wehrdienst ausgenommen. Ein heißes Eisen, das in allen Koalitionsverhandlungen als Bedingung der ultraorthodoxen Parteien auf den Tisch kommt: Während die säkularen Parteien gleiche Rechte und Pflichten für alle Staatsbürger fordern, pochen die Ultraorthodoxen auf Befreiung von der Wehrpflicht. Im Jerusalemer Haredi Institute for Public Affairs erklärt Meir Hirshman warum: Talmudstudenten sahen sich als Armee Gottes, die das Heilige Land spirituell verteidigt. „Wenn niemand die Torah lernen würde, hätte die jüdische Welt kein Existenzrecht, nicht hier und nicht anderswo.“

Doch Hirshman weiß auch: Weigerten sich die Reservisten geschlossen zum Dienst anzutreten, hätte der Staat ein unlösbares Sicherheitsproblem. Der Reservedienst gehört in Israel zum nationalen Ethos und ist integraler Bestandteil der Armee. An die 500.000 Reservisten sind registriert – das sind dreimal so viel wie aktive Soldaten. Jeder männliche Israeli unter 40 Jahren muss 36 Tage im Jahr Reservedienst leisten. In der Protestbewegung, die seit fünf Monaten das Land aufrüttelt, sind die Reser-

visten inzwischen ein wichtiger Faktor. Im Zentrum des Protests steht das, was die Regierung als Justizreform und ihre Gegner als Staatsstreich bezeichnen. Um eine mögliche Gefängnisstrafe wegen Korruption zu verhindern und die Macht der Siedler und Ultraorthodoxen auszubauen, so werfen ihm Kritiker vor, wolle Netanjahu mit seiner Koalition das Justizsystem radikal verändern und vor allem die Macht des Obersten Gerichtshofs einschränken. Da Israel keine Verfassung hat, die die Bürger vor politischer Willkür schützt, wäre seine Entmachtung das Ende der Gewaltenteilung – und de facto der Demokratie. Auch das Ethos der Reservisten stünde auf dem Spiel. „Wir haben einen ungeschriebenen Vertrag mit dem Staat, und den schreibt die Regierung in diesen Tagen neu“, sagt Ron Scherf. „Dieser Vertrag besagt, dass ich für diesen Staat kämpfe, solange dieser Staat liberal und demokratisch bleibt.“ In einer Diktatur werde es weder Volksarmee noch Reservisten geben.

Dilemma für Reservisten Ex-Generäle, Geheimdienste und auch Sicherheitsexperten wie Pnina Sharvit Baruch vom Institute for National Security Studies warnen vor

einem ethischen Dilemma für die Reservisten. „Ihre Sorge ist, dass sie von dieser Regierung in Einsätze geschickt werden könnten, die weder dem Kriegsrecht noch den moralischen Grundsätzen entsprechen.“ In Israel ist das kein abstraktes militärisches Ethos, sondern Einsatzrealität. Die Palästinensische Autonomiebehörde wirft Israel regelmäßig Kriegsverbrechen vor – im Siedlungsbau und auf dem Schlachtfeld. Von Anklagen vor internationalen Gerichtshöfen wurde bisher nur abgesehen, weil Israel als Demokratie mit stabiler Gewaltenteilung gilt, in der militärische Übergriffe untersucht und verurteilt werden. „In dem Moment, in dem dies wegfällt“, sagt Pnina Sharvit Baruch, „wird es unmöglich, sich auf unsere eigenen Untersuchungen und unser Justizsystem zu verlassen.“ Die Wahrscheinlichkeit internationaler Untersuchungen wachse – und damit die Gefahr für Sicherheitskräfte, im Ausland verhaftet oder angeklagt zu werden. Wehrdienstverweigerung, bislang nur ein Randphänomen, ist seit Beginn des Widerstands gegen Netanjahus Frontalangriff auf die Justiz selbst unter den patriotischen Reservisten kein Tabuthema mehr. Nicht nur die der Bodentruppen demonstrieren.

Auch die Reservisten der Luftwaffe kündigten an, unter einer Autokratie den Dienst zu verweigern. So etwa Amir Yatziv: Mitten in Tel Aviv, auf einem Platz, errichteten er und seine Mitstreiter Anfang April einen aus Holz und Stoff gebauten Kampfjet. „Die Skulptur war ein Flugzeug, das in die Erde kracht“, erklärt Yatziv. „Eine Metapher unserer Demokratie.“ Kaum stand die Skulptur, wurde sie von radikalen Rechten abgerissen. Mit den Splintern des zertrümmerten Jets füllten die Reservisten am Tag darauf den Metallrahmen einer ausgestreckten Faust, dem Symbol der Protestbewegung, und bauten diese am gleichen Ort auf. Ein Dorn im Auge der Regierung, die sich von den Massendemonstrationen lange unbeeindruckt zeigte.

Doch die Drohung der Piloten rüttelt an Netanjahus Thron. Im öffentlichen Diskurs gebe es zwar „Raum für Proteste und Meinungsverschiedenheiten, aber keinen für Platz für Wehrdienstverweigerung“, machte dieser klar. Kommunikationsminister Shlomo Karhif forderte, die Piloten sollten „zur Hölle gehen“. Ein Fauxpas, der in Israel, wo Kampfpiloten einen halb-gottartigen Heldenstatus haben, für einen Aufschrei sorgte. In der Protestbewegung, die die gesamte

Gesellschaft von Hightech-Unternehmern über Künstler bis zu ehemaligen Geheimdienstchefs umfasst, sind die Reservisten, die unter dem Namen „Waffenbrüder“ auftreten, begehrte Redner. Ron Scherf wurde nach einem kämpferischen Auftritt gar zu einer Gallionsfigur des Reservistenprotests. Eine Rolle, die der bescheidene Familienvater nie angestrebt hat. „Das Einzige was wir wollen, ist in einer Demokratie zu leben, ein freies Volk in unserem Land zu sein.“ So stehe es in der Nationalhymne.

Verteidigung der Demokratie Die „Hatikva“ wird auf jeder Kundgebung gesungen, auch als sich in einem Aprilsamstag der „Parents Circle“ vor trifft, eine Organisation von Familien, die ihre Liebsten in Kriegen verloren haben. Avinoam Shiran bereitet vor dem Verteidigungsministerium eine Lichterkette vor. Sein Sohn kam im Libanonkrieg 2006 ums Leben. Heute fragt er sich wofür. „Ich möchte einfach nicht, dass Daniel sein Leben für einen Staat geopfert hat, in dem meine anderen Kinder nicht mehr leben wollen.“ Tausende Lichter erinnern an diesem Abend an die Gefallenen. 75 Jahre nach der Staatsgründung warnen sowohl Hinterbliebene als auch die Kämpfer von heute: Fällt Israels Demokratie, fällt auch das Ethos von Israels Armee. Uri Schneider

Der Autor ist Journalist und Filmemacher. Er lebt in Israel. ■

Anzeige

Die amerikanische Demokratie am Wendepunkt?



Die USA – eine liberale Demokratie und ihre Anachronismen
Sonderband 11 ZfP

Herausgegeben von Prof. Dr. Heike Paul und Prof. Dr. Boris Vormann
2023, 181 S., brosch., 44,- €
ISBN 978-3-7560-0606-9
E-Book 978-3-7489-4142-2

Die amerikanische Demokratie ist die älteste der Welt, aber sie ist auch reformbedürftig. Mit Blick auf staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Akteure, Parteien, die Medienlandschaft und die politische Kultur diskutieren die Beiträge des Sonderbandes unterschiedliche Anachronismen innerhalb des politischen Systems – und wie man diese beheben könnte.

Nomos eLibrary nomos-eLibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Zwischen Hoffnung und Sorgen

BUNDESTAG Fraktionen würden Staatsgründung Israels vor 75 Jahren

Zwei Tage vor dem eigentlichen Jubiläum haben die Bundestagsfraktionen vergangenen Freitag den 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel gewürdigt. Im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem Botschafter des Staates Israel in Deutschland, Ron Prosor, erklärten sie die Sicherheit des Landes als Teil der deutschen Staatsräson. Mit Blick auf die von der Regierung Netanjahu angestrebte Justizreform und den wachsenden Antisemitismus in Deutschland äußerten die Abgeordneten jedoch auch Sorgen. Am 14. Mai 1948 endete auf Beschluss der Vereinten Nationen das britische Mandat über Palästina. In Tel Aviv verlas Staatsgründer David Ben Gurion damals die Unabhängigkeitserklärung. Für Grünen-Co-Fraktionschefin Katharina Dröge hat das die Staatengemeinschaft „um ein demokratisches und vielfältiges Land mit ungeheurer Kreativität, Schaffenskraft und Internationalität“ bereichert. Dass Deutschland und Israel heute so enge Beziehungen zueinander hätten, sei alles anderes als selbstverständlich. Das Menschheitsverbrechen der Shoah nehme Deutschland „für immer“ in die Verantwortung, zu erinnern und nicht zu vergessen. Mit Blick auf die Raketenangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung forderte die

Grünen-Politikerin ein Ende der Gewalt, aber auch konkrete Schritte der israelischen Regierung, um mit den arabischen Nachbarn und Palästinensern Frieden zu schließen. „Wir hoffen auf einen echten politischen Prozess, der nicht auf das Schaffen von Fakten setzt, sondern auf Dialog, einen Prozess nach Maßgabe des Völkerrechts und der Menschenrechte“, sagte Dröge mit Blick auf die den andauernden Siedlungsbau im Westjordanland. Diesen bezeichneten zahlreiche Redner in der Debatte als völkerrechtswidrig. Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) nannte es eine „politische und gesellschaftliche Leistung“, dass Israel sich erfolgreich als wehrhafte Demokratie etabliert habe. Gleichwohl blicke Deutschland mit Sorge auf die israelische Innenpolitik. Dass über die Regeln der Besetzung des Verfassungsgerichts grundlegende gesellschaftliche Debatten geführt würden, ist aus Sicht von Merz jedoch „keine Schwäche, sondern Ausdruck der Stärke der israelischen Demokratie“. Er hoffe, dass Israel die richtigen Entscheidungen treffen werde. Zum Antisemitismus in Deutschland stellte der CDU-Politiker klar, dass dieser nicht nur von Rechts ein Problem sei. Antisemitismus bleibe Antisemitismus, auch wenn er von links, im Gewand der Kunst und

von muslimischen Migranten komme. Für die AfD warf Matthias Moosdorf der Bundesregierung die Finanzierung antisemitischer Schulbücher im Westjordanland sowie von Veranstaltungen der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung vor. Vor allem aber machte er die Zuwanderung für den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland verantwortlich. „Solange es keine muslimischen Massen in Europa gab, gab es ihn nicht.“

»Gefahr für Demokratie« Gabriela Heinrich (SPD), die im Bundestag die Deutsche Liberale Parlamentariergruppe leitet, nannte es „unerträglich“, dass sich Jüdinnen und Juden hierzulande nicht sicher fühlen könnten. Synagogen und jüdische Schule müssten überwacht werden, allein 2022 seien 264 antisemitische Straftaten registriert worden. Zur innenpolitischen Situation in Israel sagte die SPD-Politikerin, die israelische Zivilgesellschaft sei in großer Sorge, dass die Justizreform die Demokratie gefährden könnte. Auch zum Konflikt mit den Palästinensern seien mahnende Worte zu hören. „Nur Israelis und Palästinenser gemeinsam können zum Frieden finden“, zeigte sich Heinrich überzeugt. Das Leid sei auf beiden Seiten unendlich groß.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr betonte, „Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung“. Zur Natur der Freundschaft zwischen Deutschland und Israel gehöre aber auch die gemeinsame Diskussion. „Rechtsstaatlichkeit ist das Wesen der Demokratie“, stellte er klar. „Und die Unabhängigkeit von Justiz und Medien ist für uns wichtig.“ Die mahnenden Worte von Staatspräsident Jitzchak Herzog in Richtung der Netanjahu-Regierung zeigten, „dass Israel die lebendige liberale Demokratie im Nahen Osten ist“. Dürr verwies außerdem auf die Bedeutung Israels als Forschungsstandort und sprach sich für eine stärkere Kooperation mit israelischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und mittelständischen Unternehmen aus. Dietmar Bartsch, Co-Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, erklärte, seine Partei stehe an der Seite der Demonstrantinnen und Demonstranten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Bei der Bekämpfung des Antisemitismus habe die deutsche Politik versagt. Sie habe in den vergangenen Jahren zu wenig für sozialen Zusammenhalt und Nächstenliebe getan. Die Feiern zu 75 Jahren Israel sollten daher auch Anlass sein, darüber nachzudenken, wie dem Neonazismus der Boden entzogen werden könne. Johanna Metz ■

Noch vor wenigen Jahren war undenkbar, was heute Alltag ist: Schiffe und Flugzeuge von Marine und Luftwaffe der chinesischen Volksbefreiungsarmee überqueren im direkten Anflug auf Taiwan die Medianlinie in der Mitte der rund 180 Kilometer breiten Wasserstraße, die die Insel vom asiatischen Festland trennt. Kurz danach drehen sie scharf ab und fliegen zurück. Mit umfangreichen Manövern proben die chinesischen Streitkräfte zuletzt anscheinend auch die Blockade Taiwans. Derweil weitet die Regierung in Taipeh die Dauer des Wehrdienstes aus und beschließt umfangreiche Waffenkäufe in den USA. Die USA verstärken ihrerseits die militärischen Beziehungen zu Verbündeten wie Japan und den Philippinen.

Das Säbelrasseln wird lauter. Dabei wären die Konsequenzen eines Krieges um Taiwan aller Voraussicht nach katastrophal – für die Menschen vor Ort und weltweit. Mehrfach hat US-Präsident Joe Biden betont, die USA würden Taiwan in einem solchen Fall zu Hilfe kommen. Und weil taiwanische Unternehmen in der Halbleiter-Industrie eine führende Rolle spielen, wäre die gesamte Weltwirtschaft betroffen.

Doch worum geht es eigentlich in diesem Konflikt, dessen Wurzeln nunmehr 80 Jahre zurückreichen? Wichtige Rollen spielen dabei drei politische Parteien: Erstens die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), deren Führer Mao Tse-Tung im Jahr 1949 nach dem Sieg im chinesischen Bürgerkrieg die Volksrepublik China als Nachfolgestaat der Republik China ausrief. Zweitens deren Gegner, die Kuomintang (KMT), die unter ihrem Anführer Chiang Kai-Shek den Krieg verloren. In den letzten Kriegsmonaten zog sich die KMT-Führung nach Taiwan zurück, das dadurch zum letzten Rest der Republik China wurde. Und drittens die 1986 in Taiwan gegründete Demokratische Fortschrittspartei (DPP), die mit der Republik China nur wenig anfangen kann und aktuell die Regierung stellt. „Diese drei Parteien haben gewissermaßen eine Dreiecksbeziehung, die sich um den Status der Republik China dreht“, sagt der Politikwissenschaftler Su Ching-Hsuan von der National Pingtung University in Taiwan.

»Heiliges Territorium« Als Mao Tse-Tung, der Führer der KPCh, am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China ausrief, hatten die kommunistischen Truppen in einem mehrere Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg nach und nach fast ganz China erobert. Nur auf Taiwan und einigen kleineren Inseln konnten sich die Truppen von Maos Widersacher Chiang Kai-Shek von der nationalchinesischen Partei KMT halten. Auch wenn Maos Plan einer Invasion Taiwans scheiterte, den Anspruch auf Taiwan gab die KPCh offiziell nie auf – bis heute. Taiwan sei, so heißt es im Bericht „The Taiwan Question and China's Reunification in the New Era“, der im vergangenen August vom chinesischen Büro für Taiwan-Angelegenheiten veröffentlicht wurde, „Teil des heiligen Territoriums“ der Volksrepublik China.

Zur Begründung führt die KPCh ideologische Argumente an. Die Trennung zwischen China und Taiwan stelle eine „Narbe“ dar, an deren „Heilung“ die Chinesen „auf beiden Seiten“ der Taiwan-Straße arbeiten sollten. Die Vereinigung mit Taiwan sei zudem Voraussetzung für die „nationale Wiedervereinigung“. Zuletzt hat die Partei die Rhetorik noch verschärft. „Dokumentationen zeigen, dass die Vereinigung mit Taiwan häufiger als Ziel benannt wird. Zugleich wird seltener betont, dass dies friedlich stattfinden müsse“, sagt Katja Drinhausen, China-Expertin beim Think Tank Merics. „Außerdem versucht die chinesische Regierung immer öfter, Taiwan international zu isolieren. Sie

Dreiecksbeziehung

TAIWAN Mehrere Militärmanöver haben in den vergangenen Monaten die Spannungen in der Straße von Taiwan erhöht. Die historischen Hintergründe des Konflikts mit China reichen 80 Jahre zurück.



General Tschiang Kai-shek (r) und der Führer der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung; (li.), 1946 in einem seltenen Moment des Friedens. 1948 wurde Tschiang Kai-shek 1948 zum ersten verfassungsmäßigen Präsidenten Chinas gewählt. 1949 flüchtete er auf die Insel Taiwan, wo er seither beanspruchte, ganz China zu vertreten. © picture-alliance/dpa/UPI

setzt zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen und Forschende unter Druck, den Namen Taiwan mit einem Zusatz „Provinz Chinas“ zu versehen.“ Die Vereinigung mit Taiwan, so betonte der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping zuletzt mehrfach, dürfe nicht auf künftige Generationen verschoben werden.

Daneben sieht Drinhausen noch einen weiteren Punkt, warum Taiwan für die KPCh eine so große Bedeutung hat: Die demokratische

gewählte Regierung in Taipeh stelle allein durch ihre Existenz die Legitimation der KPCh in Frage. „Die KPCh behauptet, nur sie könne Chinesinnen und Chinesen führen. Aber Taiwan zeigt, dass Menschen, die dem chinesischen Kulturkreis angehören, auch mit einem anderen politischen System gut leben können. Das soll keine Schule machen.“ Der wichtigste Gegner der KPCh in der Taiwanfrage war jahrzehntelang die KMT. „Ob-

wohl sie im Bürgerkrieg Widersacher waren, einte sie die Idee, dass es nur ein China gebe und Taiwan Teil davon sei“, erklärt Drinhausen. Auch Chiang Kai-Shek sah sich deshalb als Führer Chinas. Bis 1971 vertrat die Regierung in Taipeh ganz China bei den Vereinten Nationen.

Die Bevölkerung Taiwans selbst musste die KMT-Führung, die mit bis zu zwei Millionen Anhängern auf die Insel geflohen war, allerdings erst einmal zu Chinesen machen.

Während der 50-jährigen japanischen Kolonialherrschaft zwischen 1895 und 1945 mussten die Einwohner Japanisch sprechen und japanische Namen annehmen. Nun wurden die chinesische Sprache und Namen Pflicht. Auch im Bildungsbereich setzte die KMT auf Sinisierung. „In der Schule haben wir alles über die Geografie und Geschichte Chinas gelernt, aber nichts über Taiwan“, erinnert sich die Parlamentarierin Fan Yun von der DPP (siehe Interview).

Die KMT konnte sich nur mit Gewalt an der Macht halten. Schon im Jahr 1947 brachen in den größten Städten des Landes Aufstände aus, die sich gegen Korruption und Vetterwirtschaft richteten. Die KMT ließ sie brutal niederschlagen, mindestens 10.000 Menschen starben dabei. Anschließend rief die Regierung das Kriegsrecht aus. Tatsächliche oder auch nur vermeintliche Opposition war verboten und wurde mit dem Tod und langen Haftstrafen geahndet.

Gefestigte Demokratie Dennoch wagten Vertreter der Demokratiebewegung 1986 die Gründung der DPP. Überraschend setzte sich die KMT bald darauf selbst für demokratische Reformen ein. Den Anspruch, ganz China zu vertreten, gab sie auf. Im Jahr 1992 konnten die Taiwaner zum ersten Mal ein freies Parlament wählen. Auf Anhieb erreichte die DPP rund ein Viertel der Stimmen, acht Jahre später wählten die Taiwaner den DDP-Kandidaten zum Präsidenten. Heute gilt Taiwan als gefestigte Demokratie, in der die Macht zwischen beiden großen Parteien wechselt.

Dieser politische Wandel berührte auch das Verhältnis zum Festland. Von Anfang an lag der politische Fokus der DPP stets auf Taiwan, was die chinesische Führung sichtlich nervös macht. „Separatismus“, droht sie im Bericht zur Taiwanfrage, „wird Taiwan in den Abgrund reißen und nichts als Unheil über die Insel bringen“.

Doch in der taiwanischen Bevölkerung haben sich die Identitäten in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt. Bezeichneten sich in der jährlich erhobenen Umfrage der National Chengchi University in Taipeh im Jahr 1992 noch 25,5 Prozent der Menschen in Taiwan als Chinesen und 17,6 Prozent als Taiwaner (46,4 Prozent als beides), ergeben die Zahlen heute ein anderes Bild: Mittlerweile geben 60,8 Prozent der Menschen an, sich als Taiwaner zu identifizieren, und nur noch 2,7 Prozent bezeichnen sich als Chinesen.

Damit verliert ein Argument der KPCh zunehmend an Überzeugungskraft. Jahrzehntlang hatte sie versucht, Taiwan unter dem Motto „Ein Land, zwei Systeme“ mit dem Versprechen weitreichender Autonomie ins Reich der Mitte zu locken. Das fällt indes kaum auf fruchtbaren Boden, wenn sich die Menschen gar nicht als Chinesen sehen. Dazu kommt der Umgang mit der Demokratiebewegung in Hongkong. Auch der einstigen britischen Kolonie war das Konzept von „einem Land, zwei Systemen“ zugesagt worden. „Die Niederschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong hat gezeigt, dass die Idee von ‚einem Land, zwei Systemen‘ in der Praxis nicht funktioniert. Dementsprechend gering ist die Zustimmung dafür in Taiwan“, sagt Katja Drinhausen.

Mehrheit für Status quo KPCh und KMT lehnten eine formelle Unabhängigkeit Taiwans ab, erklärt Politikwissenschaftler Su Ching-Hsuan. KPCh und DPP könnten mit der Republik China nur wenig anfangen. Und DPP und KMT hätten kein Interesse, der Volksrepublik beizutreten. Für den Umgang mit dieser verfahrenen Situation äußert die Bevölkerung Taiwans eine klare Präferenz: Nur 1,2 Prozent der Taiwaner sprechen sich nach einer zweiten Umfrage der National Chengchi University für eine schnelle Vereinigung von China und Taiwan aus. Ebenso tritt nur eine kleine Minderheit, 4,6 Prozent, für eine rasche Unabhängigkeitserklärung ein. Die große Mehrheit, 88,6 Prozent der Bevölkerung, will den Status quo zumindest für die absehbare Zeit beibehalten.

Die Frage ist nur, ob auch Xi Jinping und die Führung der KPCh sich darauf einlassen können oder wollen. Tobias Sauer

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

»Wir brauchen politische Stabilität, um uns gegen China behaupten zu können«

INTERVIEW Wie sich die Bevölkerung Taiwans demokratische Rechte erstritten hat, beeinflusst auch die Art und Weise, wie sie heute auf China blickt, sagt die Abgeordnete Fan Yun

Frau Yun, die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) beansprucht Taiwan als chinesisches Staatsgebiet und spricht sich für eine Vereinigung von Taiwan und China aus. Sie sind dagegen. Warum?

Ich sehe keine Möglichkeit für die Taiwaner, eine Vereinigung mit China zu akzeptieren. Mit wem sollen wir uns denn vereinen wollen? Mit einem Land, das die eigene Bevölkerung brutal verfolgt? Natürlich beeinflussen auch meine Identität als Taiwanerin und die Erinnerungen an den Kampf um die Demokratie in Taiwan meine Ansichten.

Umfragen zeigen, dass die Zahl derjenigen Bürger Taiwans nachlässt, die sich als Chinesen bezeichnen. Dafür verstehen sich immer mehr als Taiwaner, so wie Sie selbst. Ist das auch ein Ergebnis der Bildungspolitik, die heute einen stärkeren Fokus beispielsweise auf die taiwanische Geschichte legt?

Natürlich hat das einen Einfluss auf das Selbstverständnis junger Taiwanerinnen und Taiwaner. Mein Vater ist als Soldat [der nationalchinesischen Regierung, Anm. d. Red.] Chiang Kai-Sheks nach Taiwan gekommen. Aber die indigenen Taiwaner leben hier schon seit tausenden Jahren. Sie wurden während der japanischen Kolonialzeit ebenso unterdrückt wie durch das

Regime Chiang Kai-Sheks. Als ich in der Schule war, lernten wir alles über die Geografie und die Geschichte Chinas. Aber wir haben nicht ein einziges Mal über die Geschichte der indigenen Taiwaner gesprochen. Jetzt fangen wir an, sie kennenzulernen und sie zu verstehen. Das ist ein Ergebnis der Bemühungen der DPP-Regierung in den 2000er Jahren.

Die KPCh wirft der DPP vor, sie strebe in der Gesellschaftspolitik nach De-Sinisierung und der Unabhängigkeit Taiwans. Dient die Beschäftigung mit taiwanischer Geschichte dazu?

Nein. Es geht einfach darum, zu wissen, woher wir kommen. Außerdem werden die Ansichten der jungen Generation zur Kommunistischen Partei Chinas auch durch andere Dinge beeinflusst. Etwa durch die Menschenrechtsverbrechen in Tibet und Xinjiang. Die Kommunistische Partei hat auch ihr Versprechen gebrochen, Hongkong Autonomie zu gewähren und der Bevölkerung dort stattdessen die demokratischen Rechte geraubt. All das führt zu einer Wertschätzung der Demokratie in Taiwan.

Taiwan war bis Ende der 1980er Jahre eine Diktatur. Sie wurden selbst Opfer massiver Überwachung. Wann haben Sie davon erfahren?

Erst als frisch gewählte Abgeordnete, im Jahr 2021. Ich wurde von einem Komitee informiert, dass es eine Akte gebe. Das hat mich schockiert. Ich war in der Studierendenbewegung erst aktiv, als das Kriegsrecht bereits aufgehoben war. Wir dachten, in dieser Zeit wären keine Akten mehr angelegt worden. Natürlich wollte ich dann meine Akte sehen. Ich habe neun Stunden darin gelesen – man darf sie nicht mit nach Hause nehmen. Aber weil die Akte mehr als tausend Seiten umfasst, habe ich es nicht geschafft, alles zu lesen.



Fan Yun von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) ist seit 2020 Abgeordnete im taiwanesischen Parlament.

Wie hat sich das Lesen angefühlt?

Das war ein merkwürdiges Gefühl. Es war, als hätte jemand Tagebuch für mich geführt. Auch viele schöne Erinnerungen kamen wieder hoch – so vieles hatte ich vergessen! Ich habe mich daran erinnert, wie fortschrittlich wir damals schon gedacht haben. Und wie mutig wir waren, weil wir uns durch Drohungen seitens der Universitätsleitung nicht haben einschüchtern lassen. Aber zugleich war ich traurig und wütend. Ich konnte nachts nicht schlafen. Ich würde sogar sagen, in mir ist etwas kaputt gegangen. Ich habe erfahren, dass zwei oder drei Personen aus meinem engsten Umfeld, das aus vielleicht neun Leuten bestand, damals für den Staat spioniert haben. Sie haben uns verraten, unser Vertrauen missbraucht. Mit den meisten habe ich bis heute Kontakt. Aber ich weiß nicht, wer von ihnen spioniert hat. Die Namen sind geschwärzt. Das ist unfair. Es führt dazu, dass in gewisser Weise jetzt alle verdächtig sind.

Sollten die Namen freigegeben werden?

Ich denke, die Akten sollten für die Opfer komplett zugänglich sein, aber nicht für die Öffentlichkeit. Ich bin auch dafür, dass die Akten bei Kandidaten für bestimmte öffentliche Ämter freigegeben werden. Die

Bürger haben ein Recht zu wissen, ob Kandidaten damals auch für den autoritären Staat gearbeitet haben.

Obwohl die DPP seit Jahren die Staatspräsidentin stellt, wurden die Veröffentlichungsregeln nicht geändert. Kritiker vermuten, dies liege daran, dass auch in der DPP manche für die autoritäre Regierung gearbeitet haben.

Die DDP-Mitglieder sind der Partei zu unterschiedlichen Zeiten beigetreten. Nicht für alle war der Kampf gegen die autoritäre Regierung deshalb gleich wichtig. Aber es gibt noch einen weiteren Aspekt. Während der Geschichte des demokratischen Taiwans haben die Menschen immer Kompromisse bevorzugt und Revolutionen abgelehnt. Wir brauchen wirtschaftliche und politische Stabilität, um uns gegenüber China behaupten zu können. Wenn das Streben nach Gerechtigkeit die politische Stabilität beeinträchtigen könnte, dann verschieben viele Taiwaner das lieber auf etwas später. Diese Mentalität prägt sowohl die Bevölkerung insgesamt wie die DPP.

Welche Schlüsse aus der autoritären Vergangenheit kann die taiwanische Gesellschaft ziehen?

Wir müssen einerseits noch genauer diskutieren, wer für die Verbrechen politisch

und moralisch verantwortlich war und wer vielleicht nur kollaboriert hat, ein Mitläufer war. Darüber hinaus können wir lernen, dass Menschen etwa mit Geld verführbar sind. Das bedeutet, dass die Kommunistische Partei Chinas mit denselben Mitteln auch heute Leute dazu bringen kann, derartiges zu tun. Wir müssen lernen, damit umzugehen, um unsere Demokratie vor Unterwanderung durch die Kommunistische Partei Chinas zu schützen.

Wie werden sich die taiwanische Demokratie und der Umgang mit der Vergangenheit Ihrer Ansicht nach weiterentwickeln?

Als ich Studentin war, gab es in Taiwan noch keine Demokratie. Und jetzt sind wir ein demokratisches Land – ich selbst wurde sogar als Abgeordnete gewählt! Damals gab es auch keine Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Jetzt sind mehr 40 Prozent der Abgeordneten im Parlament weiblich. Unser Fortschritt ist langsam, aber stetig. So haben wir viel erreicht. Deshalb bin ich hoffnungsvoll. Wir brauchen weitere öffentliche Diskussionen, auch in Bezug auf die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Damit haben wir erst begonnen.

Das Interview führte Tobias Sauer.



Unter Beschuss: Staatssekretär Patrick Graichen (l) und Wirtschaftsminister Robert Habeck vor der Ausschusssitzung im Bundestag am vergangenen Mittwoch

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

KURZ NOTIERT

AfD fordert Ergänzungen in der Gigabitstrategie

Die im Sommer vergangenen Jahres vorgelegte Gigabitstrategie der Bundesregierung soll überarbeitet werden. Das fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag (20/6719), den der Bundestag vergangenen Donnerstag zur federführenden Beratung an den Digitalausschuss überwies. Die Abgeordneten fordern darin unter anderem ein Sicherheitskonzept zum Schutz der entstehenden Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur. Elemente des Konzeptes sollen laut Antrag verbaute Leitungen, auf oberirdischen Masten verlaufende Kabel, oberirdische Verteilerkästen und Mobilfunkmasten sowie zugehörige dezentrale Steuerungs- und Stellwerke sein. Gefordert wird auch, ein festes Investitionsvolumen des Bundes für einen definierten Zeitraum in der Gigabitstrategie festzuschreiben. *lbr*

Förderungen für Küstenfischer bleiben unverändert

Fördermaßnahmen für Kutter- und Küstenfischerei sowie für kleinere Ausflugsschiffe werden nicht angepasst. Ein entsprechender Antrag (20/5987) der CDU/CSU-Fraktion fand am Donnerstag keine Mehrheit im Bundestag. Vorgesehen war, dass der Verkauf von Küstenfischereibooten und kleineren Ausflugsschiffen steuerfrei bleibe, wenn der Gewinn in den Erwerb neuer Schiffe reinvestiert werde. Das hätte eine Gleichbehandlung mit der Binnenschifffahrt bedeutet, bei der solche Regelungen seit Jahren gängige Praxis seien. *nk*

Schätzung: Steuereinnahmen fallen geringer aus

Bund, Länder und Kommunen müssen in den kommenden Jahren mit weniger Steuereinnahmen rechnen. Grund dafür sind überwiegend die auf den Weg gebrachten Steuerentlastungen. Nach den jüngsten Zahlen der Steuerschätzer soll der Bund 2024 377,3 Milliarden Euro Steuereinnahmen erzielen, das sind 13 Milliarden Euro weniger als in der Schätzung aus dem Oktober 2022. Zwar gehen die Experten von Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden Euro aufgrund der Konjunkturerwartung aus, die Steuerentlastungen schlagen aber mit 17,4 Milliarden Euro zu Buche. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) dämpfte in Reaktion darauf die Erwartungen für die laufenden Verhandlungen zum Haushalt 2024: „Dieser haushaltspolitischen Realität müssen wir uns alle stellen.“ Bislang hat die Bundesregierung keine Eckwerte für den Etat vorgelegt. Wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitteilte, soll Lindner kommende Woche im Haushaltsausschuss den Zeitplan für den Haushaltsentwurf vorstellen. *scr*

Verordnung zu Ersatzbaustoffen geändert

Mit der Koalitionsmehrheit der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat der Bundestag am Donnerstag einer von der Bundesregierung geplanten Anpassung der Ersatzbaustoffverordnung (20/6310, 20/6497 Nr.2) zugestimmt. Die Oppositionsfraktionen von CDU/CSU, AfD und Linken votierten gegen die Änderung. Die Verordnung, die den Umgang mit sogenannten mineralischen Ersatzbaustoffen regelt, soll laut Bundesregierung an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Außerdem enthält der Entwurf Änderungen der Brennstoffwechsel-Gasmengellage-Verordnung. *sas*

Habeck schützt Graichen

TRAUZEUGEN-AFFÄRE Bundestag beschäftigt sich mit Personalpolitik im Wirtschaftsministerium

Disziplinarverfahren: vielleicht. Entlassung: nein. In der sogenannten Trauzeugen-Affäre hat sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) in der vergangenen Woche im Bundestag weiter hinter – oder eher vor – seinen Staatssekretär Patrick Graichen gestellt. Und erntet für den Umgang mit einer weiteren umstrittenen Stellenbesetzung Dauerkritik der Opposition.

Zwei Wochen nach einer ersten Aktuellen Stunde auf Antrag der AfD zu den Verbindungen zwischen dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und zwei Geschwistern in Beratergremien der Bundesregierung hatte die CDU/CSU-Fraktion eine weitere Ausdrucksform im Bundestag beantragt. Das Grund: Zwischenzeitlich war bekannt geworden, dass der für den Posten des Geschäftsführers der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur (Dena) vorgesehene Michael Schäfer der Trauzeuge von Staatssekretär Graichen war. Graichen gehörte der Findungskommission an, die diesen Posten besetzen sollte. Die Opposition sah damit

»Ich habe entschieden, dass Graichen wegen dieses Fehlers nicht gehen muss.«

Robert Habeck
Wirtschaftsminister

die bereits bestehenden Vorwürfe der Vetterwirtschaft im Wirtschaftsministerium bestätigt. Noch vor der Debatte im Plenum am vergangenen Mittwochmittag nahmen Habeck und Graichen in eine gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Klimaschutz und Energie Stellung zu der Causa.

Nach der Sitzung sagte Habeck vor der Hauptstadt- und Bundespresse, dass er an der Personalie Graichen festhalten wolle: »Ich habe entschieden, dass Patrick Graichen wegen dieses Fehlers nicht gehen muss.«

Die Union stellte das nicht zufrieden. Die Abgeordneten forderten ein Disziplinarverfahren wegen Verstoßes gegen das Beamtenrecht gegen Graichen; zuvor hatte Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) auch einen Untersuchungsausschuss ins Spiel gebracht.

In der Ausschusssitzung hatte die Opposition Habeck und Graichen eindringlich zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens befragt. Zuerst war geplant gewesen, die beiden Männer in zwei getrennten Sitzungen getrennt voneinander zu befragen; wie es heißt, um zu verhindern, dass sie sich miteinander über ihre Statements absprechen können. Außerdem war zu Beginn der Sit-

zung erneut darüber abgestimmt worden, die Sitzung öffentlich zu machen; die Mehrheit stimmte dagegen. Habeck hätte es gerne anders gehabt: Er hätte sich sehr gefreut, wenn die Öffentlichkeit teilgenommen hätte, sagte er später vor der Presse. Nach der rund zweieinhalbstündigen Sitzung hinter verschlossenen Türen gelangten dann aber doch einige Inhalte der Befragung auf seinem Twitterkonto in die Öffentlichkeit. Zudem veröffentlichte Graichen sein Eingangsstatement aus der Sitzung auf seinem Twitterkonto. Dort ist nachzulesen, dass er weder Schäfer noch anderen Kandidaten während des Bewerbungsprozesses Hinweise gegeben oder Vorteile verschafft habe.

Du oder Sie? Der Staatssekretär sagte auch, dass er gedacht habe, es genüge, wenn seine Stimme nicht den Ausschlag gibt und er sich in der Findungskommission bei der Bewertung von Schäfers Person zurückhalte. »Das war falsch und ich bedauere diesen Fehler sehr«, heißt es in dem Statement. Er hätte sich aus der Findungskommission zurückziehen müssen.

In den Medien war vor der Sitzung darüber berichtet worden, dass Graichen beim Auswahlgespräch Schäfer vorsätzlich gesiezt haben soll, um die anderen Mitglieder der Findungskommission über die freundschaftliche Verbindung zu täuschen. Dazu sagte Graichen, wie später bekannt wurde,

im Ausschuss, dass er mit einigen Kandidaten per Du sei, diese vor Beginn der Sitzung auch geduzt; in der Sitzung der Findungskommission dann aber alle Bewerber gesiezt habe.

Nach Bekanntwerden des Themas hatte Schäfer seinen Rücktritt vom Dena-Chefposten verkündet. Unklar ist bislang, wie es nun an der Spitze der Energie-Agentur weitergeht. Schäfer will sich nicht erneut bewerben. Der bisherige Geschäftsführer Andreas Kuhlmann hat es bereits abgelehnt, länger im Amt zu bleiben. Die Stelle wird nun neu ausgeschrieben, zudem soll die Findungskommission breiter aufgestellt werden.

Unklar ist zudem, ob sich finanzielle Verpflichtungen aus der Vertragsauflösung mit Schäfer ergeben. In der Ausschusssitzung am Mittwoch hieß es dazu, dass man sich gerade in arbeitsrechtlichen Gesprächen über die Auflösung des Vertrages befände, diese aber noch nicht abgeschlossen seien. Es sei möglich, dass es finanzielle Ansprüche gibt, hieß es weiter.

Während Habeck, seine Parteifreunde in der Grünen-Fraktion und auch einige Abgeordnete der Koalitionspartner immer wieder darauf hinwiesen, dass es sich beim

Fall Graichen-Schäfer um „persönliches Fehlverhalten“ und nicht um einen Fehler in den Compliance-Regeln gehandelt habe, zeichnete die Opposition ein Bild von Misswirtschaft.

Da der Minister Graichen nicht entlassen wolle, müsse man leider weiter über „Habecks grüne Familienclique reden“, sagte Mario Czaja (CDU) in der Aktuellen Stunde. Klaus Ernst (Die Linke) kritisierte die Grünen dafür, dass sie im Umgang mit dem Thema ihrem Anspruch nach Transparenz nicht gerecht würden, und forderte beamtenrechtliche Konsequenzen für Graichen. Als „Vetterministerium“ bezeichnete Tino Chrupalla (AfD) Habecks Haus: „Dieses Geschacher hat mit dem deutschen Beamtenethos nichts zu tun“, sagte der AfD-Abgeordnete.

Eine Kampagne gegen die Klimapolitik der Ampel sahen der Grüne Andreas Audretsch und der Sozialdemokrat Sebastian Roloff in den Angriffen auf Habeck und Graichen. Der Liberale Olaf in der Beek hoffte, dass man bald wieder über Inhalte und weniger über Personalien reden könne: »Zuträglich für unser gemeinsames Ziel Klimaschutz sind solche Dinge sicherlich nicht.« *Elena Müller*

»Wir müssen leider weiter über Habecks grüne Familienclique reden.«

Mario Czaja
(CDU)

Die Wärmewende im Licht der sozialen Frage

KLIMASCHUTZ Der Bundestag debattiert über ein bezahlbares und klimafreundliches Heizungsgesetz

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes ist nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion für viele Menschen mit einem finanziellen Aufwand verbunden, den sie trotz geplanter Förderung und Rückgriff auf Espartees nicht stemmen können. In einem Antrag (20/6705) mit dem Titel »Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte« fordern die Abgeordneten der Union die Bundesregierung unter anderem auf, vorrangig auf »Fördern und Fördern« statt vor allem auf »Verbieten und Verordnen« zu setzen, die CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung über den Weg zur CO₂-Einsparung zu überlassen. Am vergangenen Freitag befasste sich der Bundestag erstmals mit dem Antrag.

Der Presse habe er entnommen, sagte Jens Spahn (CDU) zum Auftakt der Debatte, dass die FDP 101 Fragen an den Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) und sein Heizungsgesetz habe. Die Union habe nur zwei. Warum die Eile? Und warum die Rückkehr zum Klimaschutz als Glaubensfrage? Er forderte die Regierung auf, sich Zeit zu nehmen, um für Akzeptanz bei der Bevölkerung zu werben – und offen in den Streit um den

besten Weg zu gehen. Daraufhin warf Nina Scheer (SPD) Spahn vor, er hetze auf polemische und billige Weise die Bevölkerung gegen den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien auf: Die Union fordere immer nur Verzögerungen.

Marc Bernhard von der AfD hingegen warf der Union vor, praktisch das Gleiche wie die Ampel zu machen: Die CO₂-Beprei-

sung als Leitinstrument zu stärken, also Energie teuer zu machen, sei »nichts anderes als der grüne Heizungshammer in Schwarz«. Bernhard Herrmann (Grüne) fragte in Richtung Union, wie weit denn die geforderte »Technologieoffenheit« gehen solle – im Gesetzentwurf würden zehn Optionen genannt. Genauso sei es bei der Forderung nach Übergangsfristen und Här-

tefallregelungen: Das stehe alles im Gesetzentwurf. Für die Linke machte Gesine Lötzsch klar: Die Klimakrise könne nur gelöst werden, »wenn endlich etwas gegen die soziale Krise getan« werde. Hier erwarte sie, dass die Regierung handle. Menschen mit niedrigeren Einkünften träfen Preissteigerungen und Inflation doppelt hart. Wer keine Ersparnisse habe, dem helfe auch keine, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, »anteilige Förderung«, so Lötzsch.

Konrad Stockmeier von der FDP entwarf zwei Zukunftsszenarien. Eines, das der aktuellen Situation sehr ähnlich ist – und eines, in dem der CO₂-Ausstoß stärker gemindert werden konnte als gedacht, unter anderem Dank innovativer, in Deutschland entwickelter Materialien bei Bau und Sanierung; mit vielen regional unterschiedlichen Ansätzen, mit wertsteigernden Umrüstungen, mit Sicherheit für Investoren, einem konsistenten Gesetzeswerk und einer EU-Kommission, die es fertigbrächte, praxisnahe Regularien auf den Weg zu bringen. »Ich denke, die meisten in diesem Haus würden das zweite Szenario bevorzugen«, sagte Stockmeier und fügte hinzu: Damit das gelinge, habe die FDP den Wirtschaftsminister gebeten, ein paar Fragen zu beantworten. Denn: Qualität gehe vor Schnelligkeit. *mis*



Bezahlbar? Die Umrüstung kann teuer werden.

© picture-alliance/SULUPRESS.DE/Torsten Sukrow

»Pragmatisch und schnell«

ENERGIE Bundestag debattiert über Wasserstoffhochlauf

Wasserstoff ist nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. »Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden«, heißt es in dem Unionsantrag (20/6706) mit dem Titel »Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen vorantreiben«. Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität. Der Antrag stand am vergangenen Donnerstag auf der Tagesordnung des Bundestages.

Eingang der Debatte sagte Oliver Grundmann (CDU) mit Blick auf die »überfällige Fortschreibung der Wasserstoffstrategie« durch die Ampelkoalition, er sehe nur »Mutlosigkeit und regulatorische Hürden, vor allem für alle Wasserstoffarten, die nicht grün sind, Ausbauziele, die sehr ambitioniert sind, die wir aber so, durch Überregulierung, durch planwirtschaftliche Festlegung oder etwa durch Staatsbeteiligungen, nicht erreichen werden.« Darauf entgegnete Andreas Rimkus, der Wasserstoffbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, im Unionsantrag fehle eine Perspektive völlig, und das seien die erneuerbaren Energien. »Egal ob Elektrolyse, Pyrolyse oder Ammoniak-Cracking, wir müssen die Erneuerbaren immer mitdenken.« Rainer Kraft (AfD) nannte den Unionsantrag »ein bisschen was fürs Schaufenster«. Zur Erzeugung von

Wasserstoff brauche es Energie, »viel Energie: Energie – und das gehört zur Wahrheit dazu –, die wir gar nicht haben.«

Sie hätte sich »wirklich über einen Antrag gefreut, der neue Konzepte liefert«, gab die Grünen-Politikerin Ingrid Nestle zu Protokoll – leider habe die Union aber »ein Sammelsurium an Schlagwörtern, an Forderungen, die wir längst erfüllt haben« vorgelegt. Dem stimmte Till Mansmann (FDP) zu: Der Antrag sei eine »Korrektur« der ersten Wasserstoffstrategie der Union vor drei Jahren, »und zwar ganz im Sinne dessen, was wir in den letzten Monaten erarbeitet haben«. Eine Schlüsselrolle beim Ausbau der Wasserstoffversorgung nähmen auch die Netze ein, sagte Linken-Politiker Klaus Ernst und erinnerte daran, dass Deutschland Gasnetze mit einer Länge von 500.000 Kilometern habe.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag an den federführenden Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur weiteren Beratung überwiesen. Tags zuvor lehnte der Bundestag einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel »Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken« (20/4315) gegen das Votum der Antragsteller ab, in dem die Union eine technologische Strategie der Ampelkoalition anmahnte. *mis*

AUFGEKEHRT

Kiffen für ein Königreich

Heute ein König! Das war mal ein Werbeslogan für die Kombination aus Fußball und Bier. Der schlichte Aufruf: Heute saufen wir alle Sorgen weg. Die Krönung von Charles III. in London hat gezeigt, dass ein Volk auch ohne massenweise Alkohol aufleben kann, wenn es nur ordentlich imperial geführt wird. Charles und Camilla, das ist wie Spargel und Wein, Anstand und Anmut, kurz: Ein Leben voller Witz und Würde. Da können wir nicht mithalten, Deutsche sind traditionell eher Bier als Wein, mürrisch, pessimistisch, ruppig. Zugegeben, es ist gerade nicht alles sonnig: Hausbesitzer bangen um ihren Lebensraum, weil sie im Keller die falsche Heizung montiert haben, verzweifte Mieter müssen Oma anpumpen oder Privatinsolvenz anmelden, die Regierung verspricht Wohnungen, baut aber lieber Autobahnen. Die Grünen machen neuerdings in Vetternwirtschaft, als wäre der Remmo-Clan in die Politikberatung eingestiegen, während der Kanzler versucht, wie früher Kojak alle Probleme wegzulächeln und FDP-Buchhalter Lindner ständig „nö“ sagt, wenn jemand mal Geld braucht für die Klimawende, die Pflege oder schicke Kampfdrohnen. Während wir eifrig Windräder bauen, dreht sich unbemerkt der Wind im Osten. Die AfD ist dort in Umfragen mittlerweile stärkste Partei! Huch, das war ja so nicht gedacht. Wir rufen doch dauernd Demokratie, wieso hört uns denn keiner? Der Osten war immer unregierbar, erklären uns gelangweilt Forscher und der Döpfung von Springer. „Der Ausweg aus selbst verschuldeten Unmündigkeit heißt Aufklärung“, schlug einst Kant im alten Königsberg vor. Realistischer ist Bob Dylans Kiffer-König: „Let me forget about today until tomorrow.“ *Claus Peter Kosfeld* ■

VOR 35 JAHREN...

Gefahren von links und rechts

26.5.1988: Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Den Verfassungsfeinden von links und rechts sei es auch 1987 nicht gelungen, die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik ernsthaft zu gefährden, betonte Friedrich Zimmermann (CSU) am 26. Mai 1988. Zuneh-



Hausbesetzungen wie hier in Hamburg beschäftigten den Verfassungsschutz.

mende Gewalt autonomer Gruppen und ein starker Zulauf bei rechtsextremistischen Organisationen besorgten den Bundesinnenminister dennoch als er den Verfassungsschutzbericht vorlegte. So erklärte Zimmermann etwa, die Besetzungen von Häuserblocks in Hamburg oder Düsseldorf hätten ein „unerträgliches Maß“ angenommen. Die Verfassungsschützer hätten beobachtet, dass Angehörige aus dem terroristischen Umfeld dort Unterschlupf finden würden. Bei Demonstrationen von Autonomen seien bundesweit mehr als 500 Polizisten verletzt worden, zwei Beamte wurden laut Verfassungsschutzbericht getötet. Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Nöbel kritisierte, der Verfassungsschutzbericht taue nicht für einen objektiven Überblick über verfassungsfeindliche Bestrebungen: Er verharmlose die Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgingen und blähe die Gefahren durch den Linksextremismus auf. Zimmermann hatte zuvor berichtet, rechtsextremistische Organisationen hätten einen Mitgliederzuwachs von 14 Prozent verzeichnet. Insgesamt zählte der Verfassungsschutz Ende 1987 mehr als 25.200 Rechtsextremisten, darunter 1.520 Neonazis. Sorge bereiteten dem Innenminister auch ausländische Geheimdienste, vor allem aus der Sowjetunion: Mit Blick auf den KGB sprach er von einer „bedrohlichen Effektivität“. Zehn mutmaßliche KGB-Agenten seien erst im März 1988 festgenommen worden. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: AUTORINNENLESION MIT MARLEN HOBRACK



Autorin und Journalistin Marlen Hobrack (l) hat vergangenen Dienstag im Deutschen Bundestag aus ihrem Roman „Klassenbeste. Wie Herkunft unsere Gesellschaft spaltet“ gelesen und mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) über ihren Lebensweg, Aufstiegschancen und Bildungspolitik gesprochen. © DBT/Heinl/photothek

Eine Biografie des bescheidenen Aufstiegs

Drei Jahre lang ist Marlen Hobrack während ihrer Jugend nicht zur Schule gegangen. Im sächsischen Bautzen geboren ist sie in einem „bildungsfernen Haushalt“ aufgewachsen. In der Schule wurde sie gemobbt. Eines Tages entschied sie sich, nicht mehr hinzugehen. Von ihrer Familienbiografie handelt Hobracks Buch „Klassenbeste. Wie Herkunft unsere Gesellschaft spaltet“. Am vergangenen Dienstag stellte die Journalistin ihr Werk bei einer Lesung im Deutschen Bundestag vor. „Herkunft legt das Fundament für unser Leben, kann Gemeinschaft schaffen oder Menschen ausschließen“, sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) in ihren einleitenden Worten. Sie hat eine Ausgabe des Buches vor sich liegen, viele Stellen sind durch bunte Zettel markiert. Besonders Kinder litten darunter, aufgrund ihrer Herkunft ausgeschlossen zu sein, sagte Bas. Die SPD-Politikerin ist ebenfalls in einer Arbeiterfamilie groß geworden und hat ähnliches erlebt: „Auch ich wollte immer dazu gehören“. Wenn Kinder die Schule abbrechen, würden sie nicht das Lernen ablehnen, sondern sich der Gesellschaft verweigern, schreibt Hobrack. Nicht das Kind sei dabei das Problem, sondern die Gesellschaft, die diesem Kind seine

freie Entwicklung nicht ermögliche, ergänzte Bas. Noch immer hänge der Bildungserfolg von Kindern aus benachteiligten Familien viel zu sehr von glücklichen Zufällen oder individuellen Förderern ab, kritisierte sie. Auch Hobrack hatte eine solche Förderin oder „stille Heldin“, wie sie schreibt. Letztendlich habe zwar der Wunsch zu studieren sie zurück in die Schule gebracht, doch ohne die Unterstützung ihrer Mutter wäre ihr Bildungsweg wohl erneut unterbrochen worden oder zu Ende gewesen: Kurz nachdem sie begonnen hatte, wieder den Unterricht zu besuchen, wird sie mit 19 Jahren schwanger. Durch die Hilfe ihrer Mutter kann die alleinerziehende Hobrack weiter zur Schule gehen und ihren Abschluss machen. Hobracks Familiengeschichte ist eine vom „bescheidenen Aufstieg“. Es ist nicht die Erzählung vom Tellerwäscher, der zum Millionär wird. Es ist die Geschichte von einer Frau, die es aus der Arbeiterklasse in die Mittelschicht geschafft hat. Oder besser gesagt von zwei Frauen, denn Hobracks Mutter spielt die zentrale Rolle in ihrem Buch. Auch an diesem Abend steht die Biografie ihrer 67-jährigen Mutter im Mittelpunkt. Viele Ausführungen zur Arbeiterklasse würden Männer in den Fokus nehmen und

Arbeiterfrauen in der Gesellschaft dadurch „doppelt unsichtbar“ machen, sagte Hobrack. Es fehle an Erzählungen darüber, „wie sich eine Arbeiterin als Subjekt fühlt“. Hobracks Mutter wächst wie ihre Tochter in Ostdeutschland auf. Nach der neunten Klasse muss sie die Schule verlassen, weil „ein Lehrlingsgehalt höher ist als Kindergeld“, erzählte Hobrack. Ihre Mutter arbeitete unter anderem als Fleischfachverkäuferin. Dass sie während der Wiedervereinigung in einem Gefängnis als Sachbearbeiterin beschäftigt ist, wird für die Hobracks zum Glücksfall: Die Mutter wird verbeamtet. Trotzdem lebt die Familie nach der Trennung der Eltern zeitweise in Armut. „Eine Mutter, die bis zur Erschöpfung für den Bildungsaufstieg ihrer Kinder kämpft“ resümierte Bas und bedankte sich bei Hobrack dafür, dass diese so offen über ihre Biografie schreibt und spricht. Was ihre Mutter von dem Buch hält, möchte ein Zuhörer wissen. Anfangs ist sie laut Hobrack gekränkt gewesen, dass ihre Tochter von einem bildungsfernen Elternhaus schreibt. Doch mittlerweile sei sie stolz auf das Buch. „Meine Mutter wäre selbst nie auf die Idee gekommen, dass ihr Lebensweg irgendjemandem interessieren könnte“, sagte Hobrack. *Denise Schwarz* ■

PERSONALIA

>Hartmut Soell † Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD

Am 6. April starb Hartmut Soell im Alter von 84 Jahren. Der Historiker und Hochschullehrer aus Heidelberg trat 1962 der SPD bei. Im Bundestag engagierte er sich im Auswärtigen Ausschuss. Von 1987 bis 1991 war er Vizepräsident der WEU und 1992/93 deren Präsident. Soell wurde mit Biografien über Fritz Erler, Herbert Wehner und vor allem Helmut Schmidt weithin bekannt.

>Albrecht Müller Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD

Am 16. Mai begeht Albrecht Müller seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Volkswirt aus Bad Bergzabern schloss sich 1963 der SPD an. Von 1972 bis 1982 war er Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt. Müller gehörte dem Wirtschafts- sowie dem Verkehrsausschuss an.

>Willy Wimmer Bundestagsabgeordneter 1976-2009, CDU

Am 18. Mai wird Willy Wimmer 80 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Jüchen/Rhein-Kreis Neuss trat 1959 der CDU bei und stand von 1986 bis 2000 an der Spitze des Bezirks Niederrhein. Wimmer engagierte sich im Verteidigungs- sowie im Haushaltsausschuss. Von 1988 bis 1992 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und von 1994 bis 2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

>Helmut Haussmann Bundestagsabgeordneter 1976-2002, FDP

Helmut Haussmann vollendet am 18. Mai sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Kaufmann aus Bad Urach, FDP-Mitglied seit 1969, amtierte von 1984 bis 1988 als Generalsekretär seiner Partei. Von 1977 bis 1984 war er wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Haussmann gehörte dem Haushaltsausschuss, dem EU-Ausschuss und dem Auswärtigen Ausschuss an. Von 1988 bis 1991 war er Bundeswirtschaftsminister.

>Uwe Patzig Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 20. Mai wird Uwe Patzig 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Gotha trat 1972 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an.

>Doris Barnett Bundestagsabgeordnete 1994-2021, SPD

Doris Barnett wird am 22. Mai 70 Jahre alt. Die Juristin aus Ludwigshafen trat 1971 der SPD bei und wurde 1992 Mitglied des SPD-Landesvorstands in Rheinland-Pfalz. Barnett wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit, dessen Vorsitz sie von 1998 bis 2002 innehatte, ferner im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie im Haushaltsausschuss. Von 1998 bis 2017 gehörte sie dem Fraktionsvorstand an.

>Gisela Babel Bundestagsabgeordnete 1990-1998, FDP

Am 23. Mai vollendet Gisela Babel ihr 85. Lebensjahr. Die Juristin aus Marburg schloss sich 1976 der FDP an und wurde 1984 Vorsitzende des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf. Von 1987 bis 1990 gehörte sie dem hessischen Landtag an. Die sozialpolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion seit 1992 wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Katrin Fuchs Bundestagsabgeordnete 1983-1998, SPD

Katrin Fuchs begeht am 25. Mai ihren 85. Geburtstag. Die Fremdsprachenkorrespondentin aus Verl trat 1970 in die SPD ein. Sie war Vorsitzende des Unterbezirks Gütersloh, gehörte dem Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe und dem SPD-Bundesvorstand an. Von 1994 bis 1998 amtierte sie als Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion und engagierte sich im Verteidigungs- sowie im Auswärtigen Ausschuss.

>Klaus Haupt Bundestagsabgeordneter 1998-2005, FDP

Am 29. Mai wird Klaus Haupt 80 Jahre alt. Der Geschäftsführer aus Hoyerswerda trat 1990 der FDP bei, war von 1995 bis 1997 sächsischer Landesvorsitzender und Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Im Bundestag arbeitete Haupt im Familienausschuss mit.

>Peter Paziorek Bundestagsabgeordneter 1990-2007, CDU

Peter Paziorek wird am 29. Mai 75 Jahre alt. Der Stadtdirektor aus Beckum trat 1968 der CDU bei und war von 2005 bis 2010 stellvertretender NRW-Landesvorsitzender. Der Direktkandidat des Wahlkreises Warendorf engagierte sich im Umwelt- sowie im Rechtsausschuss. Von 2005 bis 2007 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister. Von 2007 bis 2011 amtierte er als Regierungspräsident in Münster. *bmh* ■

»Unterschätzen wir die Parlamente nicht«

WISSENSCHAFTSPREIS Oliver Haardt und Mechthild Roos ausgezeichnet

Abgeordnete müssen manchmal Nervensagen sein und den Regierungen zur Last fallen, wenn sie ihren Einfluss erweitern wollen. Den wissenschaftlichen Nachweis für diese Erkenntnis haben Oliver Haardt und Mechthild Roos geliefert. Für ihre Arbeiten hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ihnen vergangenen Mittwoch den Wissenschaftspreis 2023 des Deutschen Bundestages verliehen. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis, der seit 1997 alle zwei Jahre ausgeschrieben wird, würdigt hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, „die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen“.

Kaiserreich und Europa Der Historiker und freie Autor Oliver Haardt erhielt die Auszeichnung für sein 944 Seiten umfassendes Werk „Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs“ aus dem Jahr 2020. Der gebürtige Rheinland-Pfälzer studierte am Trinity College der Universität Cambridge Geschichte. In seiner wissenschaftlichen Arbeit kommt er zu dem Ergebnis, dass der Reichstag zu einem der Orte wurde, „an denen das Kaiserreich zu einem einheitlichen Staat zusammenwuchs – auf Kosten des damaligen Bundesrates“, wie Bas hervorhob. Die Politikwissenschaftlerin Mechthild Roos bekam den Preis für ihre Dissertation „The Parliamentary Roots of European

Policy. Turning Talk into Power“ aus dem Jahr 2021, in der sie sich mit den Anfängen des Europäischen Parlaments vor den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 beschäftigt. Sie weist nach, dass das Europaparlament schon früh trotz begrenzter Kompetenzen politischen und gesetzgeberischen Einfluss entwickelt hat. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Augsburg erhielt die Nachricht, dass sie den Wissenschaftspreis erhalte, beim Widelwechseln ihres Kindes, wie sie am 22. Februar glücklich twitterte.

Debatten statt Talk-Shows Beide Studien zeigten, so die Bundestagspräsidentin, dass der Reichstag und das frühe Europa-

parlament stärker waren als es die Reichsverfassung und die europäischen Verträge vermuten ließen. Die frühen Europaabgeordneten hätten öffentlich Druck für ihre Anliegen aufgebaut, sich mit anderen Institutionen verbündet, sich mit Fachleuten vernetzt und sich demonstrativ an die Seite der Bürgerinnen und Bürger gestellt. Sie hätten geschickt ihre Doppelrolle im supranationalen Europaparlament und in den nationalen Parlamenten genutzt, um ihre Institution zu stärken. Für Bas lautet die politische Botschaft: „Unterschätzen wir die Parlamente nicht!“ Entscheidend sei, dass am Ende der demokratische Streit im Parlament und nicht in den Talk-Shows öffentlich ausgetragen wird. Bas erinnerte daran, dass die Plenardebatten im Bundestag und viele Ausschusssitzungen live auf der Website des Bundestages übertragen werden. Diese Transparenz mache die Verantwortlichkeiten für die politischen Entscheidungen klar. Die Abgeordneten hätten „allen Grund, selbstbewusst zu sein“ und könnten sich dabei auch mal von Abgeordneten des Reichstags und des Europaparlaments inspirieren lassen.

Beide Preisträger hoben übereinstimmend hervor, dass der zunehmende Einfluss der Parlamente weniger durch Krisensituationen als durch die politische Alltagsarbeit bestimmt sei. Der Reichstag habe verstanden, Freiräume zu nutzen und dadurch seinen Einfluss zu erweitern. Das Europaparlament wiederum habe versucht, sich als „Stimme der Bevölkerung“ zu etablieren. *Volker Müller* ■

SEITENBLICKE



LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 24. – 26.05.2023

Nationale Sicherheitsstrategie (Do), Pflegeentlastungsgesetz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

leicht
erklärt!

Bürger-Räte

Mehr Mitbestimmung für Bürger?



Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag einen Bürger-Rat gegründet.

Ein Bürger-Rat ist eine besondere Arbeits-Gruppe.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist ein Bürger-Rat?
- Welche Meinungen gibt es zu Bürger-Räten?
- Welchen Bürger-Rat hat der Bundestag letzte Woche gegründet?

Was ist ein Bürger-Rat?



Ein Bürger-Rat ist eine Arbeits-Gruppe in der Politik.

In dieser Gruppe sitzen ganz unterschiedliche Bürger.

Sie beraten zusammen über ein Thema.

Sie erarbeiten Vorschläge zu diesem Thema.

Zum Beispiel zu Fragen und Problemen.



Ihre Vorschläge geben sie dann an gewählte Politiker weiter. Zum Beispiel an den Bundestag.

Und der Bundestag entscheidet, ob und wie er die Vorschläge umsetzt.

Das Besondere am Bürger-Rat

Ein Bürger-Rat hat eine Besonderheit. Dadurch unterscheidet er sich von vielen anderen Arbeits-Gruppen in der Politik.

Mitglieder von Arbeits-Gruppen werden oft gewählt. Oder sie werden bestimmt.

Die Mitglieder von einem Bürger-Rat werden auf eine besondere Weise ausgesucht.

Sie werden ausgelost.

Dann bekommen sie eine Einladung. Dann können sie entscheiden, ob sie im Bürger-Rat mitmachen wollen.

Der Zufall entscheidet also, wer in den Bürger-Rat kommt.

Und jeder Bürger ab einem gewissen Alter hat die Chance, eine Einladung zu bekommen.





Der Bürger-Rat hat noch eine zweite Besonderheit.

Seine Mitglieder sollen genauso unterschiedlich sein wie die Bürger in einem Land.

Das heißt zum Beispiel:

Ungefähr die Hälfte der Menschen in Deutschland sind Frauen. Und die Hälfte sind Männer.

Also soll auch die Hälfte der Mitglieder vom Bürger-Rat Frauen und die andere Hälfte Männer sein.

Oder:

Die Hälfte der Menschen in Deutschland ist unter 45 Jahre alt. Die andere Hälfte ist über 45 Jahre alt.

Also soll auch die Hälfte der Mitglieder vom Bürger-Rat unter 45 Jahre alt sein. Und die andere Hälfte über 45 Jahre.

Was sollen Bürger-Räte erreichen?

Deutschland ist eine Demokratie.

Demokratie ist eine bestimmte Art, wie ein Land regiert wird.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das ist nicht ganz einfach.

In Deutschland leben zum Beispiel über 80 Millionen Menschen.

Die Frage ist: Wie können so viele Menschen mitbestimmen?

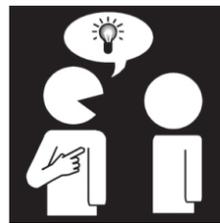
In Deutschland bestimmen die Bürger vor allem durch Wahlen mit.

Das bedeutet:

Alle Bürger im Land wählen Vertreter. Zum Beispiel die Politiker vom Bundestag.

Und diese Vertreter treffen dann die Entscheidungen.

Sie machen zum Beispiel Gesetze, die dann für alle Menschen im Land gelten.



Ein Bürger-Rat ist eine weitere Möglichkeit, wie alle Bürger in einem Land mitbestimmen können.

Auch im Bürger-Rat sitzt zwar nur ein kleiner Teil aller Bürger.

Aber die Mitglieder vom Bürger-Rat sollen so unterschiedlich sein wie die Menschen in Deutschland.

Die Hoffnung ist: Dadurch spricht der Bürger-Rat für alle Menschen in Deutschland.

Durch einen Bürger-Rat soll also die Meinung der Bürger mehr beachtet werden.

Das soll die Demokratie in Deutschland verbessern.

Meinungen zu Bürger-Räten

Bürger-Räte sind eine neue Idee für die Politik in Deutschland.

Es gibt verschiedene Meinungen dazu.

Hier ein paar Beispiele:

Vorteile von Unterschieden

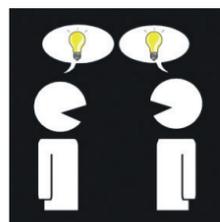
In Bürger-Räten sitzen ganz unterschiedliche Menschen.

Sie können sich zum Beispiel in folgenden Dingen unterscheiden:

Alter, Geschlecht, Verdienst, Bildung, Wohn-Ort.

Unterschiedliche Leute haben unterschiedliche Ideen.

So kann man ein Problem vielleicht besser lösen.



Dürfen Bürger-Räte für alle Bürger sprechen?

Eine Kritik an Bürger-Räten lautet: Sie sind nicht von den Bürgern eines Landes gewählt.

Sie haben also eigentlich nicht das Recht, für alle Bürger im Land zu sprechen.





Eine andere Meinung dazu lautet:
Die Bürger-Räte machen ja nur Vorschläge.

Sie beraten den Bundestag und andere Politiker nur.

Die Entscheidungen treffen dann die gewählten Politiker.

Es ist also nicht schlimm, dass ein Bürger-Rat nicht gewählt wurde.

Keine Entscheidung

Bürger-Räte machen nur Vorschläge. Sie treffen keine Entscheidungen.

Eben haben wir schon beschrieben, dass das eine gute Sache sein kann.

Es gibt aber auch Menschen, die das schlecht finden.

Sie sagen: Weil ein Bürger-Rat keine Entscheidungen treffen kann, ist er eigentlich sinnlos.

Die Politiker können die Vorschläge annehmen oder auch nicht.

Man könnte den Bürger-Rat also auch sein lassen.

Eine andere Meinung dazu ist:

Die Ideen vom Bürger-Rat werden veröffentlicht.

Sie stehen zum Beispiel in der Zeitung oder kommen in die Nachrichten.

Viele Bürger erfahren also davon und können darüber sprechen.

Schon dadurch sind die Ergebnisse vom Bürger-Rat wichtig.

Und die Politiker müssen sich damit beschäftigen.

Bürger-Rat für Ernährung

Bürger-Räte gibt es in Deutschland noch nicht lang.

Bisher wurden schon einige Bürger-Räte durchgeführt.

Mit ihnen soll erprobt werden, ob Bürger-Räte die Demokratie verbessern können.



Letzte Woche hat zum ersten Mal der Bundestag einen Bürger-Rat gegründet.

Nun gibt es einige Infos zu diesem Bürger-Rat.

Das Thema

Das Thema des Bürger-Rats lautet: Veränderungen der Ernährung.

Der Grund für dieses Thema ist:

Ernährung betrifft jeden Menschen.

Und sie hat zum Beispiel viele Auswirkungen auf

- die Gesundheit,
- die Umwelt
- und den Tier-Schutz.

Und Ernährung ändert sich ständig.

Deswegen gibt es zur Ernährung ganz unterschiedliche Fragen.

Zum Beispiel:

- Was soll der Staat im Bereich Ernährung regeln und was nicht?
- Welche Infos brauchen die Bürger über ihre Lebens-Mittel? Zum Beispiel über die Herkunft. Oder über die Herstellung.
- Wie sollen die Bürger Infos über gesunde Ernährung bekommen?

Mit all diesen Fragen und mehr soll sich der Bürger-Rat beschäftigen.



Die Mitglieder

Der Bürger-Rat für Ernährung soll aus 160 Personen bestehen.

Alle Bürger über 16 Jahren können in den Bürger-Rat gelost werden.

Sie sollen sich nach Alter, Geschlecht, Wohn-Ort, Anzahl an Bewohnern in ihrer Gemeinde und Bildung unterscheiden.

Außerdem sollen im Bürger-Rat auch Vegetarier und Veganer sitzen.

Vegetarier sind Menschen, die kein Fleisch essen.





Veganer sind Menschen, die keine Produkte von Tieren nutzen. Sie essen zum Beispiel kein Fleisch, aber auch keine Eier, keine Milch und keinen Honig.

Die Assistenten



Der Bürger-Rat wird von einer Assistenten-Gruppe unterstützt. Die planen zum Beispiel die Treffen vom Bürger-Rat. Und sie sorgen dafür, dass die Treffen geordnet ablaufen.

Die Fach-Leute

Zusätzlich zum Bürger-Rat wird es auch noch eine Gruppe von Fach-Leuten geben.

In dieser Gruppe sitzen Leute, die sich mit dem Thema Ernährung auskennen.

Also zum Beispiel Forscher.

Aber auch Menschen, die im Bereich Ernährung arbeiten.

Die Aufgabe dieser Gruppe ist: Sie soll den Mitgliedern vom Bürger-Rat alle wichtigen Infos über das Thema Ernährung geben.

Damit die besser über das Thema sprechen können.

Und bessere Vorschläge machen können.



Der Abschluss-Bericht

Am Ende seiner Arbeit soll der Bürger-Rat einen Bericht schreiben.

In diesem Bericht schreibt der Bürger-Rat seine Vorschläge an den Bundestag auf.



Der Bundestag wird dann in verschiedenen Arbeits-Gruppen über den Bericht sprechen.

Und dann kann der Bundestag entscheiden, ob er Vorschläge umsetzen will.

Im September soll sich der Bürger-Rat zum ersten Mal treffen.

Den Bericht soll er bis zum 29. Februar 2024 abgeben.

Kurz zusammengefasst



Ein Bürger-Rat ist eine Arbeits-Gruppe.

Sie bespricht wichtige Themen aus der Politik.

Dann macht sie den Politikern Vorschläge, wie bestimmte Probleme gelöst werden können.

Das Besondere am Bürger-Rat ist: Die Mitglieder werden ausgelost.

Jeder Bürger hat also die Chance, Mitglied zu werden.

Und im Bürger-Rat sitzen ganz unterschiedliche Leute.

Die Idee am Bürger-Rat ist:

Die Meinung der Bürger soll bei Entscheidungen in der Politik mehr beachtet werden.

Letzte Woche hat der Bundestag so einen Bürger-Rat gegründet.

Er soll sich mit dem Thema Ernährung beschäftigen.

Im September beginnt dieser Bürger-Rat mit der Arbeit.

Und im Februar 2024 soll er seine Vorschläge abgeben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © Mehr Demokratie e. V. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 20-21/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 30. Mai 2023.